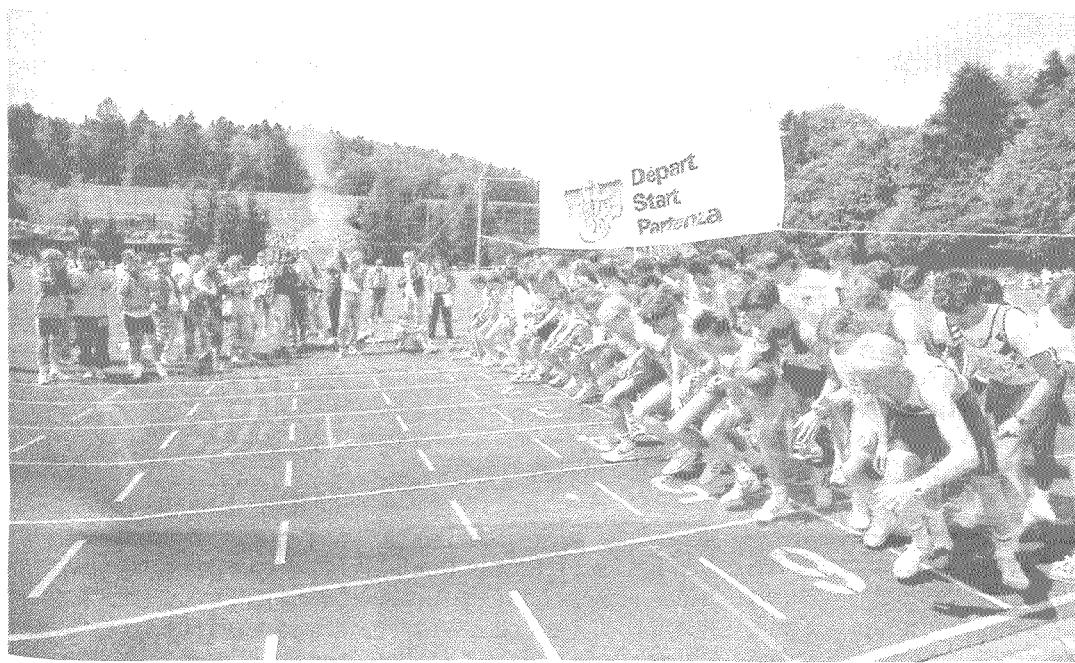


Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (Bern)
Redaktion Kantonalteil: die jeweilige Kantonalpartei

Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Kretz Annoncen AG (Feldmeilen)

Fit für den Wahlkampf



Bereit für den Endspurt. Zum grossen FDP-Wahlfest treffen sich alle Freisinnigen am 26. August 1995 in Magglingen. (Photo Daniel Käsermann, ESSM)

Unter dem Motto «Fit für den Wahlkampf» treffen sich am 26. August 1995 Freisinnige aus der ganzen Schweiz in Magglingen. In den Anlagen wird ein leichtes sportliches Angebot bereitgestellt. Im Zentrum der Veranstaltung wird die politische Wahlplattform der FDP stehen mit Aussagen zu den Wahlkampfthemen Aussenpolitik, Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanz- und Steuerpolitik sowie New Public Management. Reservieren Sie sich dieses Datum!

AMK. Wahljahre sind die Flugjahre der Parteien. Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Parteien, zum richtigen «Timing», in den Wahljahren die Anstrengungen, die sie während der ganzen Legislatur zu leisten haben, zu verstärken. Es genügt nicht, nur Profil zu haben, die Botschaft

muss bei den Wählerinnen und Wählern auch ankommen.

Bekanntlich sind die Mittel der Parteien nicht unerschöpflich. So ist es in der Regel nicht möglich, dass eine Partei ständig auf gekauftem Raum (mit Inseraten) präsent sein kann. Sie ist, um den Bürgerinnen und Bürgern ihre politische Arbeit mitzuteilen, auf die journalistische Vermittlung angewiesen. Für die Wahljahre aber werden Inserate und Plakate und besondere Veranstaltungen ins Budget eingeplant.

In diesem Zusammenhang ist auch unser Wahlfest zu sehen. Gemeinsam wollen wir ein sichtbares Zeichen für eine starke, kräftige Partei setzen. Mit unserer Wahlplattform stellen wir unsere zentralen Themen vor. Wir sagen klar, wohin die FDP die Schweiz führen will. – Machen Sie mit, und kommen Sie am 26. August 1995 nach Magglingen!

Mehr auf Seite 5

Wirtschaftspolitik



Die FDP will die Rahmenbedingungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz verbessern. Das war neben der Aussen- bzw. Europapolitik und der 10. AHV-Revision das dritte grosse Thema an der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz vom 21./22. April 1995 in Interlaken. Vorortspräsident Andres F. Leuenberger fordert von der Politik eine wirtschaftspolitische Trendumkehr. – Lesen Sie auf den Seiten 10 und 11. (Photo ruti)

Inhalt

- Einen Überblick über die Positionspapiere der FDP Schweiz finden Sie auf Seite **6**
- Gedanken zur Politisierung der 50-Jahr-Feier lesen Sie auf Seite **9**
- Dass die FDP-Frauen aktiv sind, sehen Sie ab Seite **13**

USA, Iran und das Atomgeschäft

Die USA haben einen vollständigen Handelsboykott gegen Iran verhängt. Washington wirft Teheran vor, den internationalen Terrorismus zu unterstützen und Massenvernichtungswaffen zu entwickeln. Die westlichen Verbündeten der Amerikaner aber «boykottieren» diese und ziehen nicht mit.

◊ Jacques Baumgartner

Die Entscheidung von Präsident Bill Clinton, allen amerikanischen Firmen jeglichen Handel mit Iran zu verbieten, verfehlte unter der iranischen Bevölkerung ihre Wirkung nicht. Der Dollar schnellte innerhalb einer Woche von 4200 auf 7000 Rial in die Höhe. Offenbar vertiefte sich auch die Kluft zwischen Ayatollah Ali Khamenei und Präsident Hashemi Rafsanjani. Khamenei ist das geistige Oberhaupt und der «starke Mann» des Regimes. Bisher hat er alle Versuche von Rafsanjani unterlaufen, Irans Beziehungen mit dem «Rest der Welt» zu normalisieren.

Laut Khamenei wird das amerikanische «Totalembargo» Iran nichts anhaben können. Iranische Zeitungen hingegen berichten von «Panik sowohl unter der Bevölkerung als auch unter der Führungsspitze».

Geringe Wirkung

Die Handelssperre wird wahrscheinlich von geringer Wirkung sein. Bis anhin durften amerikanische Mineralölgesellschaften zwar kein iranisches Erdöl in die USA einführen, aber auf dem Weltmarkt weiterverkaufen. Jetzt werden andere Firmen das Iran-Erdöl (Jahresproduktion vier Milliarden Dollar) aufkaufen. Und dass Iran nach der «Bombe» strebt und Terrorismus fördert, ist nicht neu. Aber 16 Jahre nach der Khomeini-Revolution steckt Iran in argen Wirtschaftsnöten. Die Unruhe unter der Bevölkerung wächst. Khomeini-Sohn Ahmed hatte noch kurz vor seinem Tode im vergangenen März mit dem Regime abgerechnet. Die Schwierigkeiten könnten nicht mehr den alten Machthabern an-

gekreidet, die eigenen Sünden nicht mehr Amerika angehängt werden.

Amerikanisches Ziel ist es, Teheran wenn möglich noch weiter zu schwächen. Die USA bewegt eine «Palette von Gründen» für ihr «plötzliches Embargo». Nach jüngsten Angaben aus Washington fördert Teheran den internationalen Terrorismus jährlich mit hundert Millionen Dollar. Gängige Annahme ist, um mit Terrorismus den Nahost-Friedensprozess wenn nicht aufzuhalten, so doch zu stören. Das Gegenteil ist der Fall. Iran begrüsst jeden Friedensschluss, der mit einem territorialen Verzicht Israels verbunden ist. Terror soll Israel zwingen, Syrien die nach dem Sechstagekrieg vom Juni 1967 annektierten Golanhöhen «zu besten Bedingungen» zurückzugeben. Iran und Syrien sind alte Verbündete gegen den Irak und gegen den Westen.

Damaskus beherbergt nach wie vor ein gutes Dutzend terroristische Organisationen. Es kontrolliert den libanesischen Drogenexport nach Westeuropa und den USA. Syrien kann heute nur Druck auf andere arabische Staaten ausüben, indem es antiwestlichen Radikalismus und islamischen Fundamentalismus unterstützt.

Iran hat der von Khomeini proklamierten islamischen Revolution nicht abgeschworen. Israel ist für Teheran gleichermassen ein Hindernis wie seinerzeit für die Sowjetunion im Ringen mit den USA um Einflussnahme in der arabischen Welt, letztlich um Kontrolle übers Erdöl.

Gegengewicht Irak

Es ist nicht nur das vermeintliche grosse Geschäft, das vor allem Frankreich und Russland ver-

anlasst, im Uno-Sicherheitsrat in New York auf eine Lockerung der Sanktionen gegen den Irak zu drängen. Der Irak ist das «natürliche» Gegengewicht in der erdölreichen Region am Persischen/Arabischen Golf zu Iran.

Moskau traut Teheran im Grunde nicht, dass es mit Revolutionsexport in die ex-zentralasiatischen Sowjetrepubliken zurückhalten wird. Mit Geschäften zum beiderseitigen Vorteil hofft Russland, «mässigend» auf Iran einwirken zu können. Für Paris, für die europäischen Anrainerstaaten des Mittelmeeres ist wiederum ein islamisch-fundamentalistisches Algerien eine Horrorvision.

Das proiranische Regime in Sudan bildet in einem nahe bei Khartum gelegenen Lager «islamische Kämpfer» aus, schickt sie über Libyen nach Ägypten, Algerien, Marokko und Tunesien, neuerdings auch nach Eritrea. Iran hat Fuss gefasst in (Nord-) Jemen und am Horn von Afrika, in Somalia. Iranischer Wächter im syrischen Libanon-Protektorat ist die terroristische Hizbullah («Partei Gottes»). Israel und die Erdölregion werden von Iran «eingekreist».

Ein Nahostfrieden, um den sich vorab die USA mühen, ist wertlos, wenn das Kräftegleichgewicht gestört ist. Iran könnte die «Balance» kippen, mit Konsequenzen für die Erdölversorgung des Westens.

Atomgeschäft

Gewissermassen mit dem amerikanischen «Totalembargo» einher ging, dass die USA nicht verhindern konnten, dass Russland und Iran ins «Atomgeschäft» kommen. Die Amerikaner befürchten, die Russen erleichterten den Iranern den Griff nach der «Bombe». Die Geschichte des iranischen «atomaren» Strebens reicht ins Jahr 1974 zurück.

In jenem Jahr bescherte der erste «Erdölchock» dem Westen Rezession und den Erdölförderländern Dollarmilliarden. In der Folge wetteiferten die westlichen

Industriestaaten um das «Recycling der Petrodollars». Jeder versuchte auf seine Art, ein möglichst grosses Geschäft zu tätigen.

Der Schah von Persien, Mohammed Resa Pahlewi, wurde von der damaligen sozialdemokratisch-liberalen deutschen Bundesregierung in seiner Absicht unterstützt, Iran vom Maulesel- ins Atomzeitalter zu katalysieren. Er wurde von der «Notwendigkeit» überzeugt, zwei deutsche Kernkraftwerke (KKW) zu kaufen und in Buscher bauen zu lassen. Ein weiteres Vorhaben war die Errichtung der weltgrössten Raffinerie in Abadan. Die USA waren über die deutsch-iranische Annäherung verärgert. Der Schah beschwichtigte mit dem Kauf amerikanischer Waffen «en masse».

Bei Ausbruch der Khomeini-Revolution Ende 1978 war über die Hälfte der Aufbauarbeiten an beiden KKW abgeschlossen. Teheran und Bonn hatten vereinbart, die KKW nur unter Leitung deutschen Personals zu betreiben. Auf Druck Washingtons mussten die Deutschen 1980 Iran verlassen. Im Ersten Golfkrieg, den Bagdad anzettelte, bombardierten die Irakis mehrfach die Buscher-Baustelle. Iran behauptet heute, dies sei den Irakis dank amerikanischer Satellitenaufklärung möglich gewesen.

Russland wird jetzt für eine Milliarde Dollar das erste KKW fertigstellen. Der Bau weiterer KKW ist in Aussicht gestellt. Die Russen schulen derzeit 600 Iraner.

Neue Gefahren

Militärstrategen sind sich darin einig, dass heute nicht von Nuklearwaffen die grosse Gefahr ausgeht. Paradoxerweise ist der Besitz der «Bombe» immer noch der beste Schutz gegen die «Bombe». Aber eine Reihe von Staaten der sogenannten Dritten Welt bemüht sich verstärkt um biologische, chemische Kampfstoffe und um Trägersysteme, um Raketen. ■

Für Martin Fehle gehören FDP und liberale Postulate zusammen

Wenn Sie in die Zukunft blicken, worauf gründet Ihre grösste Hoffnung?

Indem die Welt zum Dorf wird, so hoffe ich, wachse auch die Einsicht in globale Zusammenhänge und ökologische Gefahren, zu deren Minderung wir alle einen Beitrag leisten müssen. Neue technische Erkenntnisse geben Anlass zur Hoffnung, dass die Riesenaufgabe noch lösbar ist.

Was bereitet Ihnen die grösste Sorge?

Das zunehmende Streben nach individuellem Lebensgenuss, verbunden mit abnehmendem Verantwortungsgefühl für das gemeinsam Wohl, schwindendem Engagement zugunsten der Öffentlichkeit.

Welche Erfindung der Menschheit halten Sie für die wichtigste, welche für die entbehrlichste?

Die Nutzung der Energie, vor allem des Stroms. Ohne Energie ist unsere moderne Welt nicht denkbar. Entbehrlich ist der elektrische Rasierapparat (siehe Photo).

KURZBIOGRAPHIE

Martin Fehle

Zur Person: Aufgewachsen mit zwei Geschwistern in einer politisch interessierten und in der Gemeinschaft vielfältig engagierten Gewerblerrfamilie; habe von Jugend auf Freuden und Leiden dieses «Berufsstandes», aber auch den Handlungsspielraum und die unternehmerische Verantwortung kennengelernt; bin verheiratet und habe zwei Kinder.

Alter: 46.

Berufliche Stationen: Studium der Volkswirtschaft an der Hochschule St. Gallen und Abschluss als lic. oec., Tätigkeit als

Was lieben Sie an der Schweiz?

Die Landschaft und den ausgeprägten Wandel der Jahreszeiten; zwischendurch auch Appenzeller Volksmusik.

Was missfällt Ihnen in unserem Land?

Der fehlende Mut von vielen, selbstkritisch in den Spiegel zu schauen und Tatsachen ohne ideologische Verzerrung akzeptieren.

Können Sie sich mit dem Wort Bertrand Russells einverstanden erklären: «Mehrheiten zementieren das Bestehende, Fortschritt ist nur über Minderheiten möglich»?

Mehrheit ist eine statistische Grösse. Sie wechselt in ihrer Zusammensetzung und muss in unserer Demokratie immer wieder neu gefunden werden. Die Entwicklungsschritte sind dadurch nicht revolutionär, dafür von den Menschen eher zu verkraften.

Warum sind Sie in der FDP?

Energiewirtschaftler in der Thurgauer Energiefachstelle und in einer Ingenieurfirma, heute Direktor der Thurgauer Industrie- und Handelskammer.

Politische Aufgaben: Seit 1992 Präsident der Evangelischen Kirchgemeinde Frauenfeld, seit 1980 Präsident der Arbeitsgruppe Energie der FDP Thurgau.

Militärisches Engagement: Major der Art, zuletzt in einem Rgt Stab.

Liebste Tätigkeit: Reisen, weil mich andere Völker und Kulturen faszinieren und ich dabei meine Sprachkenntnisse anwenden und erweitern kann. ■



Martin Fehle: systematisch, gründlich, pflichtbewusst.

Weil liberale Postulate, zu denen ich mich bekenne, und FDP zusammengehören, auch wenn es der FDP nicht immer gelingt (aber häufiger als andern Parteien), diese Postulate konsequent in die politische Arbeit einzubringen und in liberale Lösungen umzumünzen.

Gesetzt, es gäbe einen Nobelpreis für Politiker. Wem würden Sie ihn verleihen?

Alt Bundespräsident von Weizsäcker. Er hat das Amt mit Würde und Zurückhaltung ausgeübt und wohlüberlegte Zeichen der Versöhnung zwischen Ländern (z. B. Polen) und Volksteilen (z. B. neue Bundesländer) gesetzt und sich aus den Querelen des Politalltages herausgehalten.

Wodurch kann eine Politikerin, ein Politiker Sie überzeugen?

Durch sachliche, klar dargelegte Argumente unter Offenlegung der Interessen.

Was fällt Ihnen zum Thema Männer und Frauen ein?

Zäme goht's besser; Gleiches gleich, Ungleiches ungleich behandeln – dies ist der Kern des Gleichheitsgebotes, also keine blinde Gleichmacherei. Zum Glück sind Frauen und Männer

in vielem sehr verschieden und werden es auch bleiben.

Was sehen Sie als Ihre persönliche Schwäche an, was als Ihre persönliche Stärke?

Manchmal etwas aufbrausend und emotional reagierend; aber der Sturm legt sich rasch wieder. Systematisches Denken, gründliche Analyse, Pflichtgefühl.

Welches Buch lesen Sie gerade jetzt?

Keines, weil mir die Zeit neben der vielen «Pflichtlektüre» im Augenblick schlechterdings fehlt.

Was tun Sie, um sich fit zu halten?

Auf dem Arbeitsweg mit dem Velo zum Bahnhof fahren und zurück (bergauf); ersetzt tägliches Jogging. Zudem bin ich (noch) nicht von Übergewicht geplagt.

Was möchten Sie am liebsten tun können, was Sie nicht können?

Russisch sprechen, um den Menschen dieses interessanten Landes und ihrer Kultur direkt begegnen zu können. Ich habe den Eindruck, allzu vieles sei uns aus ideologischen Gründen während der Ausbildung in der Zeit des kalten Krieges vorenthalten oder verfälscht weitergegeben worden.

Welche schweizerische Persönlichkeit möchten Sie kennenlernen und warum?

Wilhelm Tell: Er könnte mir den unbändigen Freiheitsdrang, aber auch das Zusammenstehen und die Solidarität in den Anfängen des helvetischen Staatswesens erläutern und mir den Zugang zu den Wurzeln unseres Selbstverständnisses auf neue und vielleicht überraschende Art öffnen. ■

Freisinnige Positionen

Diese Broschüren können Sie bei uns bestellen.



Als Väter und Mütter werden Mann und Frau in ein viel zu enges Kleid gezwängt. Schneidern Sie mit uns ein neues!

FDP

1 Alles über die Gleichstellung.



Unser Staat legt jedem Neugeborenen 22'000 Franken Schulden in die Wiege. Die FDP sagt: Unverantwortlich.

FDP

2 FDP-Finanz- und Steuerpolitik glasklar.



Die Arbeitslosenversicherung stoppt die Arbeitslosigkeit nicht. Darum wollen wir neue Arbeitsplätze schaffen.

FDP

3 Die einzige Strategie gegen Arbeitslosigkeit.



Vom Zivilstand unabhängig, finanzierbar und gerecht: Die AHV wird deutlich verbessert.

FDP

4 Hochaktuell: die 10. AHV-Revision.



Sport 2001

FDP

5 FDP und Sport: ein starkes Team.

Schimpfen tut gut. Verantwortung übernehmen ist besser.

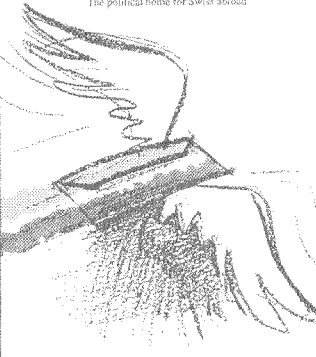
Wir übernehmen Verantwortung

FDP

6 Mitgliederwerbung im Inland ...

Die Partei der Auslandschweizer
FDP
SCHWEIZ INTERNATIONAL

Die politische Heimat für Schweizerinnen und Schweizer im Ausland
The political home for Swiss abroad



FDP

7 ... und im Ausland.

Jahresbericht
Rapport annuel

Die Arbeit der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz und der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung

L'activité du Parti radical-démocratique suisse et du Groupe radical-démocratique de l'Assemblée fédérale

94/95

FDP PRD PLR

8 Der Jahresbericht.



Bitten senden Sie mir folgende Broschüren:

Broschüre Nr. 1 2 3 4 5 6 7 8

Kreuzen Sie die gewünschte Nummer an.

1 Exemplar gratis.

Bei mehreren Exemplaren kosten
die Nummern 1 2 3 4 6 7 je Fr. -50
die Nummer 5 Fr. 1.-
die Nummer 8 Fr. 5.-

Name/Vorname: _____

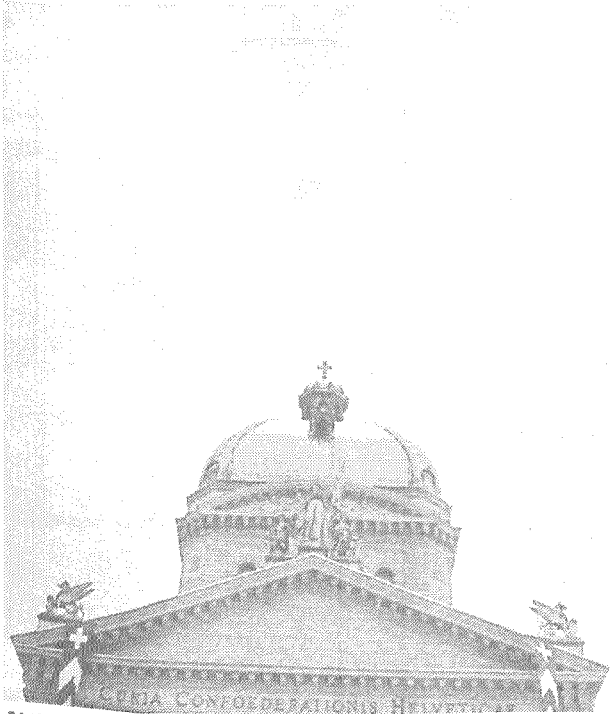
Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum/Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern
Tel. (031) 311 34 38
Fax (031) 312 19 51

FIT FÜR DEN WAHLKAMPF



Aktiv und fröhlich wollen wir in Magglingen gemeinsam einen Tag verbringen.

(Photos Stahl und Daniel Käsermann, ESSM)

Wahlfest 1995 der FDP Schweiz am 26. August 1995 in Magglingen

«Fit für den Wahlkampf.» So heisst das Motto für das Wahlfest der FDP Schweiz. Und wo liesse sich dieses Motto besser umsetzen als in der Eidgenössischen Sportschule Magglingen? Aktiv und fröhlich wollen wir gemeinsam einen Tag verbringen und für den Endspurt starten. In ungezwungener Umgebung stellen wir unsere Wahlplattform mit unseren zentralen Themen vor. Wir sagen klar, wohin die Freisinnigen die Schweiz führen wollen.

Reservieren Sie sich diesen Tag mit Gleichgesinnten! Setzen Sie mit uns ein sichtbares Zeichen für eine starke, kräftige Partei. Kommen Sie mit Ihrer Familie, Ihren Freunden. – Die genaue Ausschreibung (Anmeldung) finden Sie im nächsten Freisinn.

PROVISORISCHES PROGRAMM

10.30 Uhr	Eintreffen am Bahnhof Biel
10.30–11.30 Uhr	Fahrt mit öffentlichen Verkehrsmitteln nach Magglingen Fussmarsch in den Raum «End der Welt»
10.45–11.30 Uhr	Die bereits Eintreffenen amüsieren sich bei der Halle an verschiedenen Posten unter dem Motto «Sport ohne Schweiß»
11.30 Uhr	FDP-Wahlplattform Begrüssung und Grundsatzrede von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger

	Präsentation der Wahlkampfthemen: – Aussenpolitik – Wirtschaftspolitik – Sozialpolitik – Finanz- und Steuerpolitik – New Public Management
13.00 Uhr	Verpflegung
14.00 Uhr	Sportteil: nach Lust und Laune
15.30 Uhr	Ende der Veranstaltung

FDP-Parteiprogramm

NEUTRALITÄT

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

WOHNEN

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

Aussenpolitische Grundsätze

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

Öffentliche Sicherheit

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. August 1993 in Basel.

Finanz- und Steuerpolitik der FDP der Schweiz

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

Grundsätze für die Entwicklungszusammenarbeit

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

Freiheit schafft und sichert Arbeitsplätze

Wirtschaftspolitik

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 21. Dezember 1994 in Bern.

Regierungsreform

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz am 20. April 1992 in Basel.

Patentierbarkeit von Erfindungen betreffend Organismen

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet von der FDP Schweiz bei der Abstimmung am 21. Dezember 1994 in Bern.

LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet am 21. Januar 1995 anlässlich der 4. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Luzern.

Wege aus der Arbeitslosigkeit

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet bei Grundfragen am 16. April 1984 anlässlich der 10. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Birmensdorf, durchgeführt im Februar 1985.

10. AHV-REVISION

Grundlagenpapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet am 22. Januar 1995 von der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Luzern.

Erholung, Mitwelt und Wirtschaft im Einklang

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet am 21. April 1994 bei der Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Bern.

Perspektiven liberaler Lebensgestaltung

Positionspapier
der FDP der Schweiz

Verabschiedet am 21. Januar 1995 anlässlich der 4. Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz in Luzern.

Kreuzen Sie an, was Sie interessiert, und Sie erhalten umgehend Post von uns (1 Exemplar gratis, grössere Bestellungen bei der Kantonalpartei)

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51.

Revision Lex Friedrich: Ja

Die gewandelten Verhältnisse auf dem Grundstückmarkt hätten auch eine Abschaffung der Lex Friedrich verantworten lassen. Falls sich der erste Schritt bewährt, kann der zweite immer noch folgen. Deshalb sage ich Ja zur Revision der Lex Friedrich.

Nationalrat
Ulrich Fischer (AG)



Ein sprunghaftes Ansteigen der Grundstückverkäufe an Personen im Ausland in den sechziger Jahren beunruhigte weite Bevölkerungskreise. Gewissermassen als Gegenvorschlag zur Initiative der Nationalen Aktion unter dem Titel «gegen den Ausverkauf der Heimat», die 1984 knapp abgelehnt wurde, wurde 1983 die Lex Friedrich erlassen, deren überaus restriktive Regelungen bis heute in Kraft sind. Seither hat sich das Problem entschärft, indem der Zuwachs an ausländischem Grundeigentum im jährlichen Durchschnitt auf weniger als zehn Prozent der Zahlen in den siebziger Jahren zurückgegangen ist. Die rigorosen Bestimmungen der Lex Friedrich sind heute aber nicht nur unnötig, sondern volkswirtschaftlich schädlich. Sie erschweren die Ansiedlung ausländischer Unternehmungen. So werden Arbeitsplätze, auf die wir dringend angewiesen wären, nicht bei uns, sondern in anderen Staaten mit liberalerer Rechtsordnung geschaffen. Mit der Revision, welche hier wesentliche Erleichterungen bringt, tragen wir somit zu einer Stärkung des Arbeitsplatzes Schweiz bei. Die heutige Regelung steht auch im Widerspruch zu diversen internationalen Übereinkommen und verstösst vor allem gegen das Gleichbehandlungsgebot in den Niederlassungsverträgen sowie gegen das neue Dienstleistungsabkommen Gats.

Ja zur 10. AHV-Revision

Die gesellschaftlichen Wertvorstellungen haben sich in den letzten fünfzig Jahren fundamental verändert. Das System der AHV wurde aber nicht verändert. Mit der 10. AHV-Revision will das Parlament der AHV ein modernes Gesicht geben.

Nationalrat
Heinz Allenspach (ZH)



Kernstück der Neuerungen ist die Einführung des Individualrentensystems. Jeder Versicherte hat Anspruch auf seine eigene Rente, deren Höhe von seinen eigenen Beiträgen an die AHV abhängt. Die bisherige Ehepaarrente wird abgelöst durch die individuellen Renten der beiden Ehepartner. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, dass die verheiratete Frau eigene Rechte hat und mehr ist als ein blosses Anhängsel ihres Mannes.

Das Zusammenrechnen und Splitten der Beiträge beider Ehepartner entspricht dem neuen Eherecht, das von zwei gleichberechtigten Partnern ausgeht. Mit dem Splitting wird auch eine gerechtere Lösung bei Ehescheidungen erreicht.

Die bisherige AHV honorierte die Ehe, neu soll nicht mehr ein bestimmter Zivilstand privilegiert werden, sondern die Erziehung von Kindern, gleichgültig ob diese Erziehung von den Ehe-

partnern gemeinsam erfolgt oder von Alleinerziehenden. Die Erziehungsgutschriften sind eine bahnbrechende Neuerung in der Sozialversicherung und haben wegweisenden Charakter. Fiktive Einkommen werden auch für die zeitaufwendige Betreuung naher Angehöriger gutgeschrieben. Um Missbräuche zu verhindern, ist die Anrechnung von Betreuungsgutschriften aber an Bedingungen geknüpft.

Die 10. AHV-Revision führt neue Witwerrenten ein, allerdings in eingeschränkterem Ausmass, denn Witwerrenten werden nur so lange ausgerichtet, als der Witwer Kinder unter 16 Jahren zu ziehen hat.

Schon seit langem wird eine gewisse Flexibilisierung des Rentenalters gewünscht. Es sollte entsprechend der individuellen Lebensplanung möglich sein, die Rente schon vor Erreichen des normalen Rentenalters zu beziehen. Damit sich jene, die vorzeitig in Pension gehen wollen, keine finanziellen Vorteile gegenüber den anderen verschaffen können, muss ihre Rente leicht gekürzt werden. Mit der 10. AHV-Revision werden erstmals solche Möglichkeiten des Rentenvorbezuges geschaffen.

Aus sozialen Erwägungen wurde im Rahmen der 10. AHV-Revision mit einem heute bereits in Kraft stehenden, aber befristeten Schritt eine neue Rentenformel eingeführt. Diese verbessert gezielt die Renten der wirtschaftlich schwachen Rentenbezügerinnen und -bezüger.

Mit der 10. AHV-Revision wird jede geschlechtsbedingte Diskriminierung der Frau ausgeschlossen. Tieferes Rentenalter der Frau lässt sich AHV-mässig nicht mehr begründen. Mit der 10. AHV-Revision wird die Anpassung aber in Schritten und längerfristig planbar vorgenommen. Die erste Erhöhung um ein Jahr erfolgt frühestens im Jahre 2001, die zweite vier Jahre später.

Die Lebenserwartung verlängert sich; wir werden noch in diesem Jahrzehnt vor der Aufgabe stehen, mit vierzig Erwerbsjahren zwanzig Rentenjahre zu finanzieren. Die 10. AHV-Revision ist mit Blick auf die kommenden Finanzprobleme dieses Sozialversicherungswerks mittelfristig kostenneutral konzipiert worden. Die AHV kann sich keine Verbesserungen gestatten, die nicht finanziert sind, seien diese Verbesserungen noch so erwünscht. Mit der 10. AHV-Revision wird dieses Sozialwerk den veränderten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst, damit die AHV auch in Zukunft ihre soziale Aufgabe zweckmässig, effizient und gerecht erfüllen kann.



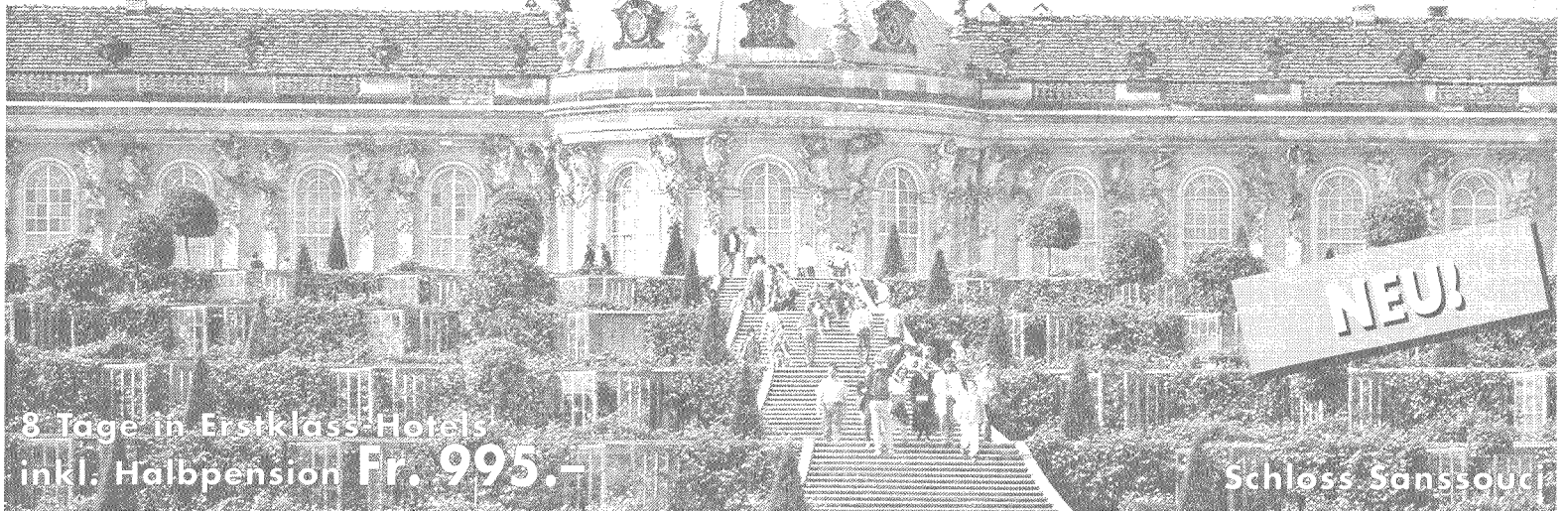
Wir sorgen dafür,
dass die AHV
für beide gesichert ist.

FDP
Freiheitliche Demokratische Partei
Verantwortung übernehmen.

Eidgenössische Abstimmung vom 25. Juni 1995: Ja zur 10. AHV-Revision.

PRACHTSBAUTEN IN DEUTSCHLAND

ausgewählt nach der Liste
der UNESCO-Weltkulturgüter



8 Tage in Erstklass-Hotels
inkl. Halbpension Fr. 995.-

Schloss Sanssouci

1972 wurde von der Generalkonferenz der UNESCO die «Internationale Konvention zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt» verabschiedet. Ihre vorrangige Aufgabe besteht darin, das natürliche und kulturelle Erbe der Welt genau zu bestimmen und eine Liste derjenigen Objekte zu erstellen, die von solch aussergewöhnlichem Interesse und Wert sind, dass ihr Schutz in der Verantwortlichkeit der ganzen Menschheit liegt. Ziel der Konvention ist es daher, die Zusammenarbeit zwischen allen Menschen und Völkern zu fördern und einen wirksamen Beitrag zu diesem Schutz zu leisten. Mit der Unterzeichnung der Konvention verpflichtet sich jedes Land dazu, die innerhalb seiner Landesgrenzen gelegenen Denkmäler von aussergewöhnlicher, weltweiter Bedeutung zu schützen und zu erhalten.

Reiseprogramm

1. Tag: Hinfahrt via Landeck – nach Garmisch-Partenkirchen. Nachmittags kurze Fahrt via Oberammergau nach Pfaffenwinkel und Besichtigung des UNESCO-Weltkulturguts "Wieskirche", welches als schönste Rokokokirche Europas gerühmt wird. Nach einer ausführlichen Besichtigung fahren wir nordwärts via Kempten – Ulm nach Würzburg.

2. Tag: Nach dem Frühstück steht die Besichtigung des UNESCO-Weltkulturguts "Würzburger-Residenz" mit anschliessendem Stadtbummel durch die Altstadt von Würzburg auf dem Programm. Zeit zur freien Verfügung. Nachmittags Fahrt nach Bamberg und geführter Rundgang durch die Altstadt (UNESCO-Weltkulturgut). Die romantische Stadt an der Regnitz wird sehr oft auch "Klein-Venedig" genannt. Das Stadthaus sowie der Kaiserdom sind weitere bedeutende Bauwerke Bambergs. Abends zurück nach Würzburg.

3. Tag: Fahrt via Leipzig nach Berlin, der neuen Hauptstadt Deutschlands. Seit dem Fall der Mauer ist Berlin noch mehr eine Stadt des Aufbruchs und der Vitalität geworden.

4. Tag: Heute erwartet uns eine geführte Stadtrundfahrt durch das vereinte Berlin vom Alexanderplatz bis zum Kurfürstendamm. Am Nachmittag Fahrt nach Potsdam zur Besichtigung der UNESCO-Weltkulturgüter "Schlösser und Gärten von Sanssouci".

5. Tag: Wir verlassen Berlin westwärts via Braunschweig und erreichen Hildesheim. Besichtigung der UNESCO-Weltkulturgüter "Michaeliskirche und Dom". Anschliessend fährt via Bielefeld nach Köln.

6. Tag: Den heutigen Tag beginnen wir mit der Besichtigung des UNESCO-Weltkulturguts "Doms" in Aachen. Die Manifestation eines "neuen Roms" – diesen Traum wollte Karl der Grosse realisieren, als er um 786 mit dem Bau seiner Pfalzkapelle im heutigen Aachen begann. Auf der Rückfahrt nach Köln machen wir einen Abstecher nach Brühl, wo wir die UNESCO-Weltkulturgüter "Schlösser Augustusburg und Falkenlust" besichtigen.

7. Tag: Durch die Eifel führt uns der Weg nach Trier. Mit 2000 Schritten kann man in Trier 2000 Jahre Geschichte erleben. Nach einer ausführlichen Besichtigung der UNESCO-Weltkulturgüter "Porta Nigra, Römische Palastaula, Liebfrauenbasilika und Dom" und Mittagspause in Trier fahren wir nach Mannheim.

8. Tag: Nach dem Frühstück Fahrt zum nahegelegenen Lorsch und Besichtigung des UNESCO-Weltkulturguts "Kloster Lorsch". Danach kurze Fahrt nach Speyer und Besichtigung des UNESCO-Weltkulturguts "Dom von Speyer". Eine einmalige Reise mit vielen Höhepunkten neigt sich dem Ende zu. Rückfahrt via Karlsruhe – Freiburg – zurück in die Schweiz.

Jubiläumsdatum 4. – 11. Sept. 1995

Diese Reise findet in umgekehrter Reihenfolge statt und hat als Höhepunkt das Jubiläumskonzert "100 Jahre Twerenbold" mit den Bamberger Symphonikern in der Würzburger Residenz.

Ihr Ferienhotel

Auf dieser Reise wohnen Sie immer in Maritim-Erstklass-Hotels, der besten und grössten Hotelkette in Deutschland.

Preise pro Person

8 Tage inkl. Halbpension Fr. 995.-
Einzelzimmerzuschlag Fr. 315.-
Aufpreis beim Jubiläumsdatum Fr. 200.-
Annulationsschutz oblig. Fr. 15.-

REISEDATEN

09.07.-16.07.95, So-So 06.08.-13.08.95, So-So
16.07.-23.07.95, So-So 13.08.-20.08.95, So-So
25.07.-01.08.95, Di-Di 20.08.-27.08.95, So-So
04.09.-11.09.95, Mo-Mo Jubiläumsdatum

TWERENBOLD-Leistungen

- Fahrt mit klimatisierten Fernreisebus
- Unterkunft in Erstklasshotels der Maritim-Kette inkl. 7x Halbpension
- Alle aufgeführten Ausflüge inkl. örtliche Führungen zu den UNESCO-Sehenswürdigkeiten
- Eintritt Jubiläumskonzert, Reise vom 4.9.95
- Erfahrener Chauffeur/Reiseleiter

Abfahrtsorte

06.45 Basel 07.15 Garage Twerenbold **P**
07.30 Olten 07.45 Baden
08.00 Lenzburg
08.30 Zürich 09.00 Winterthur

Für telefonische Anmeldung und weitere Informationen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.
Die Platzzuteilung im Car erfolgt nach Eingang der Anmeldung.
1. bis 3. Sitzreihe kann gegen Zuschlag gebucht werden.
Kundenparkplätze ein Rütihof vorhanden.

TWERENBOLD



Damit alle gut fahren, seit 1895.

TWERENBOLD

Fislibacherstrasse, CH-5406 Baden-Rütihof, Tel. 056-84 02 02

Anmeldetalon Prachtsbauten in Deutschland

Name	Vorname	
Name	Vorname	
Adresse		
PLZ/Ort		
Reisedatum	Zimmer: Doppel	Einzel
Einsteigeort	Telefon	
Fakultativer Ausflug ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/>	Eigene Annulationsvers. vorhanden ja <input type="checkbox"/>	

FDP-LEUTE

Alex Bänninger



Alex Bänninger heisst der neue Präsident des FDP-Presserverbandes. Bänninger tritt die Nachfolge von

Gottlieb F. Höpli, Chefredaktor «St. Galler Tagblatt», an. Höpli stand dem Presseverband seit 1989 vor. Bänninger arbeitet als freier Publizist für verschiedene Zeitungen, darunter die «Neue Zürcher Zeitung», das «St. Galler Tagblatt» sowie das «Magazin», die Wochenendbeilage von «Tages-Anzeiger» und «Berner Zeitung». Er gestaltet regelmässig Sendungen für Radio DRS 1 und hat einen Lehrauftrag für elektronische Medien an der Universität Zürich. Von 1972 bis 1984 leitete Bänninger die Sektion Film im Eidgenössischen Departement des Innern (EDI), später war er sieben Jahre lang Chef der Programmabteilung Kultur und Gesellschaft beim Schweizer Fernsehen DRS.

Peter Spälti



Die chinesische Ministerin für Aussenhandel Wu Yi mit dem aufmerksamen Gastgeber Peter Spälti.

Furore gemacht hat der frühere FDP-Nationalrat Peter Spälti mit seiner diesjährigen internationalen Konferenz des weltweiten Winterthur-Versicherungskonzerns, der «WinConference» zum Thema «Weltwirtschaft – wohin». Erstmals auf Schweizer Boden konnte er die chinesische Ministerin für Aussenhandel, Wu Yi, begrüßen. Damit wurde ein wichtiger Kontakt zum Riesenreich und Riesenmarkt China ge-

Hermann Böschenstein

Auch wir freuen uns und gratulieren: der Berner Historiker, Publizist und Journalist Hermann Böschenstein ist neunzig Jahre alt geworden. Von Haus aus Fürsprecher wandte sich Böschenstein nach der Ausbildung der politischen Tagespresse zu. Er war unter anderem Auslandskorrespondent in Paris und Berlin vor und während des zweiten Weltkrieges. Wegen seiner Berichterstattung über die nationalsozialistische Herrschaft wurde er 1937 aus Deutschland ausgewiesen. In der Schweiz wirkte Böschenstein im Bundeshaus weiter. Er trug massgeblich zu einer Neuausrichtung der Berichterstattung zur Judenverfolgung im Dritten Reich bei. Noch heute kann der FDP-Pressedienst auf das grosse Wissen von Hermann Böschenstein zählen, wenn es darum geht, eine freisinnige Persönlichkeit zu würdigen. ■

KOLUMNE

SP-Misstöne am Rande der Kriegsendefeiern



Das Ende des Zweiten Weltkrieges hat die Schweizerinnen und Schweizer auch nach fünfzig Jahren noch stark bewegt, und es hat *gemischte Gefühle* wacherufen.

Bundespräsident Villiger hat in seinen staatsmännischen Reden dieses Nebeneinander von Erleichterung über das unversehrt Überleben der sechs Kriegsjahre, von Befriedigung, ja Stolz, dass das Land als Insel inmitten des braunen Meeres seine Eigenständigkeit bewahren konnte, und von Demut angesichts der riesigen Zerstörungen und des unermesslichen Leidens in den umliegenden Ländern und von Mitschuld wegen einer allzu kleinlichen Flüchtlingspolitik, die viele dem Tode überliess und den J-Stempel in den jüdischen Pässen auf dem Gewissen hatte, ausgezeichnet zum Ausdruck gebracht. Die Erinnerung wurde vielerorts zu einem kritischen Rückblick und zum Versuch einer gerechten Würdigung der Verdienste und der Fehler der Kriegsgeneration in der für die Schweiz gefährlichsten Periode dieses Jahrhunderts benützt.

Nicht alle Worte, die zu diesem Anlass geäussert wurden, atmeten leider den staatsmännischen Geist des Bundespräsidenten. Es waren da und dort auch Spuren *überheblicher Selbstgerechtigkeit* von Spätberufenen zu vermerken, die aus dem bequemen Fauteuil der Gegenwart über das Verhalten der Kriegsgeneration herzogen. Den Diskussionsboden *historischer Redlichkeit eindeutig verlassen* haben der ehemalige Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, *Helmut Hubacher*, und vor allem der gegenwärtige Präsident, *Peter Bodenmann*, die auf Grund eines verzerrten und unvollständigen Geschichtsbildes parteipolitisches Kapital heraus-

holen wollten. Bodenmann versuchte in einem Artikel in der «Weltwoche» die Fröntler dem Freisinn anzuhängen, bezeichnete die Schweiz als «Waffenfabrik, Transitkorridor und Lokalbank» der Achsenmächte, verneinte den Abwehreffekt der Landesverteidigung und klammerte die Bürgerlichen vom «antifaschistischen Widerstand» aus. Es ist zunächst festzuhalten, dass ohne eine *weitgehende Geschlossenheit* aller grossen Parteien und des überwiegenden Teils des Volkes ein Durchhalten nicht möglich gewesen wäre. Die Politik der Landesregierung wurde in den Kommissionen der Bundesversammlung weitgehend von allen Parteien getragen, gelegentlich auch, meist intern, angefochten, wobei die Flüchtlingspolitik vor allem bei der Linken auf Kritik stiess. Bei den «Zweibunderten», die eine anpasserische Linie verlangten, waren *keine Spitzenleute der bürgerlichen Parteien*. Auch Gewerkschafter und Sozialdemokraten waren sich bewusst, dass es ohne Arbeit und Brot kein Durchhalten gab.

Es gab Ausstrahlungen der Fronten bis in bürgerliche Kreise, vor allem an den Universitäten, in den dreissiger Jahren. Unmittelbar nach dem Sündenfall der Stadtzürcher FDP 1933 – Wahlallianz der bürgerlichen Parteien mit den Fronten – grenzte sich die FDP Schweiz an einem Volkstag in Luzern *deutlich von den Fronten ab* und tat alles zur militärischen, geistigen und wirtschaftlichen Stärkung der Schweiz. Die SPS hingegen lehnte die Landesverteidigung bis 1935 generell ab und verweigerte 1936 noch der Wehranleihe ihre Unterstützung. Vor allem zeigte sie sich gegenüber dem roten Totalitarismus, der seit 1943 mit dem «Ostwind» starken Auftrieb erhielt, zunächst wenig abwehrkräftig. Zum *Komplex Partei der Arbeit und Kommunismus bei Kriegsende* herrschte übrigens an den Gedenkeiern ein merkwürdiges Stillschweigen.

All Nationalrat
Dr. Kurt Müller (Meilen ZH)



Andres F. Leuenberger: «Eine wirtschaftspolitische Trendumkehr ist notwendig.»

(Photo ruti)

«'Marktwirtschaft' ist eines der in letzter Zeit vor allem in der Politik wieder häufiger gebrauchten Worte. Diesem Wort einen sinnvollen und konkreten Inhalt zu verleihen – zu sagen, was man damit meint – ist aber eine schwierige Aufgabe. Ich begrüsse es sehr, dass sich die FDP an ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung für bessere marktwirtschaftliche Spielregeln, unternehmerischen Freiraum und für eine wirtschaftsverträgliche Finanz- und Steuerpolitik einsetzt. Und ich anerkenne dies um so mehr, als es sich dabei in der praktischen Politik meist um undankbare Aufgaben handelt.»

Wirtschaft und Politik – ein aktueller Befund

◊ **Andres F. Leuenberger***

Die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung der Produktion bedeuten aus dem Blickwinkel reifer Industrieländer – vor allem der Schweiz – Strukturwandel und Anpassungsdruck. Schweizerische Unternehmen können sich wegen der engen Anbindung an den Weltmarkt weder ihre Konkurrenten aussuchen noch den wissenschaftlich-technischen Entwicklungstrend beeinflussen. Der tiefgreifende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Umbruch in der Weltwirtschaft betrifft das einzelne Unternehmen entweder direkt als Anbieter von

Produkten, Dienstleistungen und als Anwender von Technologien oder indirekt dadurch, dass er das Umfeld verändert, in dem das Unternehmen tätig ist.

Eines steht wohl fest: Die Veränderungen der relativen Standortvorteile durch den Globalisierungsprozess macht vor unserem Land nicht halt. Die schweizerischen Unternehmen und damit die Volkswirtschaft insgesamt sind heute mehr denn je gefordert.

Die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit durch die Bewältigung des Strukturwandels ist in erster Linie eine Aufgabe der Wirtschaft selbst. Angesprochen sind damit das risikobereite und zukunftsbezogene Denken der Unternehmen, die Leistungsbereitschaft, die Motivation und die Kreativität der Beschäftigten und Kader auf allen Stufen. Der Staat kann Unternehmen nicht zu Innova-

tionserfolgen führen; er kann aber Hindernisse aus dem Weg räumen und ein positives Klima schaffen, um auf diesem Weg voranzukommen. Der unternehmerische Wille setzt auch einen Rahmen voraus, der es der Wirtschaft ermöglicht, weiterhin ab dem Produktionsstandort Schweiz tätig zu sein.

Mehr denn je entscheiden heute die Qualität und die Berechenbarkeit der wirtschaftlichen Rahmendaten über die Attraktivität eines Standortes für Produktion und Investitionen.

Weil die Spielregeln erfolgreicher Marktwirtschaft stets die gleichen sind, können damit viele Politiker, aber auch die Behörden wenig anfangen. In der politischen Auseinandersetzung pluralistisch verfasster und demokratisch registrierter Gesellschaften zahlt es sich für sie besser aus,

den einzelnen Interessengruppen mit stets neuen staatlichen Leistungsangeboten Vorteile zu verschaffen. Wer sich dagegen für die Beschränkung der Staats-tätigkeit auf dessen wichtigste Aufgaben einsetzt oder sich für ordnungspolitisch saubere Konzepte stark macht, erntet in unserer mediatisierten Umwelt kaum Lorbeeren.

«Sündenfälle»

Die Signale, die wir bisher von der Politik erhalten haben, können denn auch bei bestem Willen nicht so gedeutet werden, als ob die Notwendigkeit einer wirtschaftspolitischen Trendumkehr erkannt worden wäre. Ich beschränke mich auf einige «Sündenfälle» der letzten Zeit:

■ Der Firma Pilatus wird der Export ihres unbewaffneten Schulflugzeuges nach Mexiko behördlich untersagt, und zwar am gleichen Tag, als der Ständerat den

* Gekürztes Referat von Dr. Andres F. Leuenberger, Vizepräsident des Verwaltungsrates und stellvertretender Vorsitzender der Konzernleitung der Roche Holding AG, Basel, Präsident des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (Vorort), am 22. April 1995 in Interlaken.

Bundesbeschluss zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete (Fortführung des Bonny-Beschlusses) verabschiedete.

■ Vor dem Parlament liegt der Entwurf für ein Kriegsmaterialgesetz, das die exportorientierte Industrie in technologisch anspruchsvollen Bereichen stark einschränken würde.

■ Das Arbeitsgesetz ist durch den Nationalrat mit dem Unikum von gesetzlich zwingenden Zeitzuschlägen für die Nacht- und Sonntagsarbeit angereichert worden, was zur weiteren Verteuerung der an und für sich schon hohen inländischen Produktionskosten beiträgt.

■ Die Verordnung zum Lebensmittelgesetz, die am 1. Juli 1995 in Kraft treten soll, enthält 442 Artikel und regelt im Detail, was Produzenten und Händler noch dürfen bzw. nicht dürfen. Ziel war, mehr Klarheit und Transparenz zu schaffen. Entstanden ist ein eigentlicher Paragraphenwald.

Marktwirtschaft ist ein anspruchsvolles Ziel. Ludwig Erhard hat diesen Sachverhalt als Aufforderung für andauernde ordnungspolitische Anstrengungen verstanden. Dabei darf und soll sich die Regierung auf die Wirtschaft, insbesondere die Spitzenverbände, verlassen. Diese sind zuallererst aufgerufen, glaubwürdige Vorschläge zum Erhalt des Standortes Schweiz einzubringen, wenn sie von der Politik eine Rückbesinnung auf marktwirtschaftliche Prinzipien verlangen. Zu Recht wird gesagt, dass die Politik nur so gut sein kann, wie es gesellschaftliche Gruppen und ihre Nachfrage nach staatlichem Handeln gestatten (P. Nunnenkamp).

Was sind nun die zentralen Herausforderungen aus Sicht der Wirtschaft?

Finanzpolitik

Die entscheidende Aufgabe der Wirtschaftspolitik für die verbleibenden Jahre ist die Sanierung des Bundeshaushaltes und die Rückführung der Staatsquote. Untersuchungen zeigen klar, dass eine grössere Staatsaktivität die wirtschaftliche Dynamik dämpft, die Kapitalbildung ver-

ringert und das Wachstum reduziert.

Wir sind mit der Grundsatzfrage konfrontiert, welche Aufgaben der Bund in Zukunft zu erfüllen hat und auf welche er verzichten will und muss.

Im Zentrum stehen die Reform des bundesstaatlichen Finanzausgleichs, die Durchforstung des Subventionswesens, die Neustrukturierung der Bundesverwaltung einschliesslich des Abbaus öffentlicher Monopole und die Privatisierung geeigneter staatlicher Aktivitäten sowie allenfalls zusätzliche institutionelle Barrieren des Ausgabenwachstums bzw. der Verschuldung.

Ich möchte ausdrücklich vor weiteren Steuerplänen warnen. Mit Recht haben die eidgenössischen Räte die Anträge des Bundesrates abgelehnt, die Mehreinnahmen zum Gegenstand hatten. Die Wirtschaft widersetzt sich einer Verschärfung der Steuerbelastung; diese muss eher wieder sinken. Zwar ist gelegentlich ein weiterer Ausbau der Verbrauchsbesteuerung richtig, weil wir in diesem Bereich im internationalen Kontext immer noch etwas schief liegen; im Gegenzug müssen indessen gleichwertige Entlastungen bei den direkten Steuern gewährt werden.

Anpassungen in der Unternehmensbesteuerung an die fortschrittlichen und wirtschaftsfreundlichen Regelungen des Auslandes sind unumgänglich, wenn die Schweiz als Investitionsstandort attraktiv bleiben will.

Sozialpolitik

Der Wohlfahrts- und Umverteilungsstaat steht in der Krise. Eine Abkehr vom Giesskannenprinzip hin zum Prinzip der gezielten Unterstützung ist in der Sozialpolitik unausweichlich, wenn Hilfe für die Schwachen auch in Zukunft möglich sein soll. Wer einen weiteren Ausbau des Sozialstaates z. B. durch weitere Lohnprozente oder zusätzliche Steuern fördert, dient am allerwenigsten den Hilfebedürftigen.

Man vergisst nur allzu leicht, dass ein überdehnter Sozial-

schutz in die Kalkulation der Unternehmen eingehen muss und damit automatisch kontraproduktiv wirkt.

Jeder, der zusätzliche Ausgaben des Staates verlangt, greift letztlich dem Arbeitnehmer in die Tasche.

Den die Steuern müssen bei einer Arbeitseinkommensquote von rund siebenzig Prozent des Volkseinkommens letztlich vom Faktor Arbeit getragen werden.

Umweltpolitik

Wir müssen vermehrt glaubwürdige Optionen aufzeigen, wie Umweltschutz und Wirtschaftswachstum im Rahmen der Marktwirtschaft vereinbar sind. Hierbei kommt dem Kooperationsprinzip zwischen Staat und Wirtschaft eine wichtige Rolle zu. Allerdings kann eines nicht übersehen werden. Umweltschutz gibt es nicht umsonst, er hat seinen Preis wie andere Güter auch.

Primär kostet Umweltschutz Geld, ist also ein Kostenfaktor.

Er verteuert die Produktion, wenn er nicht durch Kostensenkung an anderer Stelle ausgeglichen wird. Manche Produktionen können sogar völlig unrentabel werden. Das alles stellt nicht in Frage, dass es in der Regel wünschenswert ist, Kosten für eine bessere Umwelt in Kauf zu nehmen.

Wissenschaftspolitik

In einer modernen Volkswirtschaft mit sehr spezifischen Qualifikationsanforderungen und dem Zwang zur permanenten Innovation im internationalen Wettbewerb sind gut ausgebildete und motivierte Menschen auf allen Stufen entscheidend.

Wenn wir einig sind, dass hochwertige Bildung, Forschung und Qualifikation entsprechende Kosten verursachen und diese Mittel nur von einer leistungsfähigen Wirtschaft erarbeitet werden können, dann sollten wir auch einig sein, dass eine ausbildungs- und forschungspolitische Strukturbereinigung in der Schweiz dringend geboten ist.

Von dieser Erkenntnis sind wir allerdings noch weit entfernt, wenn ich mir die neue Maturitätsanerkennungs-Verordnung mit ihren nivellierenden Anreizstrukturen, die schwerfälligen Entscheidungs- und Kontrollstrukturen in unserem Wissenschaftssystem und die Schwierigkeiten bei der forschungspolitischen Prioritätensetzung vor Augen führe.

Europapolitik

Schliesslich ist eine europapolitische Entkrampfung dringend geboten. Wir wissen, dass in der direkten Demokratie das kurzfristige Herumwerfen des Steuers nicht möglich ist. Die Aussenpolitik braucht Bürgernähe; sie ist auf die mitvollziehenden Einsichten der Bevölkerung angewiesen.

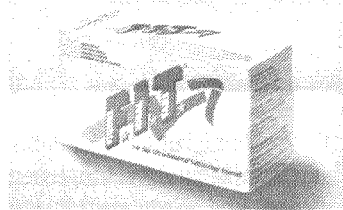
Es bedarf deshalb dringend eines Dialogs zwischen allen wichtigen Gruppierungen über die Bedeutung Europas für die Schweiz und deren Positionierung in diesem Kontinent.

Die Proklamierung zweier Volkshälften, einer aufgeschlossenen, offenen und einer verstockten, abgekapselten, ist nicht nur falsch, sondern sie vergisst auch, dass die schweizerischen Stimmbürger unter umsichtiger Führung seit dem Zweiten Weltkrieg wichtige Schritte auch in Richtung einer institutionellen Öffnung getan haben. Es wäre fatal, diese Auseinandersetzung durch blinden Aktivismus mit einer raschen Volksabstimmung umgehen oder abkürzen zu wollen. Die Erarbeitung eines innenpolitischen Konsenses in der Europafrage im Rahmen einer nüchternen sachlichen Diskussion braucht Zeit. In dieser Phase kommt den bilateralen Verhandlungen Priorität zu. Erfolgreiche bilaterale Verhandlungen sind ein «passage obligé» für weitere Schritte. ■

Gute Figur für die kommende Sommer-Saison

NEU Amerikanische Ernährungswissenschaftler entwickelten Fett-Blocker-Formel

Was muss und kann man tun, wenn man Probleme mit dem Gewicht hat? Oder wenn die Waage 5, 6 oder auch 10 und mehr Kilos zuviel anzeigt? Amerikanische Ernährungswissenschaftler haben jetzt die Antwort. Hände weg von Radikal-Diäten und Hungerkuren. Hände weg von allen Methoden, die zur drastischen Reduzierung der Kalorien raten. Das bringt nur kurzfristig etwas. Und schafft durch den Jo-Jo-Effekt langfristig nur neue Gewichtsprobleme. Nach 30jähriger Forschungsarbeit, vielen Tests und Studien raten angesehene US-Ernährungswissenschaftler jetzt zu sogenannten Fett-Blockern – einer neuen Generation von Naturstoffen.



Neu: Der Fett-Blocker aus Amerika

Was können die neuen F.I.T.tabs?

Wissenschaftler wissen, dass Radikal-Diäten und Hungerkuren nur die Kalorienzufuhr bremsen, aber die Fett-Reserven nur mässig beeinflussen. F.I.T.tabs nutzen neue biologische Stoffe und stimulieren die Fettverbrennung. Studien aus Amerika beweisen:

■ F.I.T.tabs zehren Fettpolster auf. Dadurch wird es leichter, die Ideal-Figur zu erreichen.

■ F.I.T.tabs reduzieren die Fettaufnahme. Dadurch können sich neue Fettpolster nur schwer bilden.

■ F.I.T.tabs verwandeln Fett in Energie. Dadurch steigen die Vitalität und die Leistungskraft.

■ F.I.T.tabs greifen nicht in den Stoffwechsel ein, sondern hemmen die Fettsynthese auf natürliche Art.

■ F.I.T.tabs sind praktisch. Man kann sie überall hin mitnehmen. Auch ins Büro und bei der Arbeit.

Das Geheimnis: Fett-Blocker

■ Fett-Blocker drosseln die Fettsynthese

■ Fett-Blocker beschränken die Fettaufnahme

Mit dem neuen Produkt F.I.T.tabs kommt jetzt der erste Fett-Blocker in die Schweiz. F.I.T.tabs sind keine Diät. F.I.T.tabs steht für Figur-Ideal-Tabs. F.I.T.tabs sind, so sagen angesehene Wissenschaftler, das Lebensmittel für die Ideal-Figur. F.I.T.tabs haben die in Amerika entwickelte und geschützte Ultra-Balance – Fettblocker-Formel, die in mehreren Ernährungsstudien getestet wurde. Die Ergebnisse aller Studien sind in jeder Beziehung überraschend:

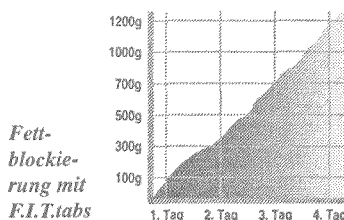
Was Fachleute dazu sagen

Der Biochemiker Prof. Anthony J. Cichoke schreibt in «Let's Live»: «Studien aus Asien und den USA zeigen, dass die Ultra-Balance-Fettblocker-Formel den Fettaufbau verhindert und die Kalorienverbrennung erhöht.»

Die Ernährungswissenschaftler Clouatre und Rosenbaum schreiben: Aufgenommene Nahrungsenergie wird durch die Wirkung der Ultra-Balance-Fettblocker-Formel nicht mehr in Form von Fett gespeichert.

Dr. Antony Conte bewies in einer Doppelblindstudie: «Die Einnahme von Ultra-Balance-Fettblocker über einen Zeitraum von zwei Monaten führt im Schnitt zu einem Erfolg von 11 Pfund.»

F.I.T.tabs, das zeigen alle Studien, sind die erste Wirksubstanz, die den Fettaufbau drosselt.



Was der neue Fett-Blocker F.I.T.tabs schafft

Ideal-Figur – mit Erfolg auf Dauer

Wenn Studien seriös durchgeführt werden, dann gibt es auch immer eine Kontrollgruppe. Sie wird Placebo-Gruppe genannt und bekommt statt des zu testenden Präparates Zucker-Tabletten.

Die in Amerika durchgeführten Studien mit den neuen F.I.T.tabs haben diese Seriösität. Und deshalb sind die Ergebnisse ernst zu nehmen.

Der Ernährungswissenschaftler Dr. Antony Conte leitete die Studien für F.I.T.tabs und die darin enthaltene Ultra-Balance-Fettblocker-Formel. Er konnte die Wirksamkeit von F.I.T.tabs gegenüber einem Placebo-Präparat ernährungswissenschaftlich auf eindrucksvolle Art beweisen. Dabei erwiesen sich F.I.T.tabs als besonders verträglich. Wer die Ultra-Balance-Fettblocker-Formel bekam, fühlte sich spürbar vitaler und energiegeladener als zuvor, und zwar deshalb, weil Fett in Energie verwandelt wurde. Was beweist also diese Studie? Vier Dinge, die für alle Menschen mit Figurproblemen wichtig sind:

■ F.I.T.tabs und die Ultra-Balance-Fettblocker-Formel wirken, selbst wenn strengste wis-

senschaftliche Massstäbe angesetzt werden.

■ F.I.T.tabs funktionieren ohne komplizierte Veränderungen im täglichen Leben.

■ F.I.T.tabs zehren nicht nur Fett auf, sondern erhöhen zusätzlich auch die Energiereserven.

■ F.I.T.tabs sind gut verträglich, selbst wenn man sie über einen Zeitraum von zwei und mehr Monaten Tag für Tag einnimmt.

Zusammenfassend kann man sagen: F.I.T.tabs lässt dauerhaften Erfolg erwarten.

F.I.T.tabs sind für mich ein Phänomen



“Ich habe regelmässig die neuen F.I.T.tabs genommen. Erstaunlich, wie sich meine Figur verändert hat. Jetzt habe ich endlich meine Traum-Figur.”



Ich begreife nicht, was da mit mir passiert ist. Diese F.I.T.tabs sind für mich unglücklich. Ich baue Fett ab, bekomme eine tolle Figur und kann trotzdem ganz normal leben.”

Wunderbar, endlich habe ich Fett verloren



“Diäten sind mir zu kompliziert, zu aufwendig. Darum nehme ich seit 6 Wochen F.I.T.tabs. Funktioniert toll, habe in kürzester Zeit Fett abgebaut.”



Ich habe F.I.T.tabs schon in Amerika kennengelernt. Aus meiner Sicht gibt es nichts Besseres und Wirkungsvolleres, wenn man wie ich zum Fettsatz neigt.”

Weitere Informationen: F.I.T.tabs Schweiz, Tel. 073 25 50 66

«Mit uns ist zu rechnen»

An der Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz in Bern wurde Irène Aegerter aus Winterthur als neue Quästorin in den Vorstand gewählt. Über «Die freisinnige Frau im Wahlkampf 1995» sprach im Anschluss an die Delegiertenversammlung Käthi Bangerter, Präsidentin der FDP des Kantons Bern.

○ Annelies Renfer*

Die zahlreich erschienenen Delegierten der FDP-Frauen Schweiz liessen sich an ihrer Delegiertenversammlung in Bern von der Präsidentin Franziska Frey-Wettstein über die Aktionen der FDP-Frauen orientieren:

■ Ein Brief der CVP-, FDP- und SVP-Präsidentinnen ging an Bundesrätin Ruth Dreifuss. Darin wird bemängelt, dass die Mutterschaftsversicherung in einigen Punkten nicht befriedigen könne, so unter anderem weil die Versicherung nur berufstätigen Frauen vorbehalten ist. Dies bezeichnete die Präsidentin als fundamentalen Fehler, nachdem das neue Eherecht eine Errungenschaftsbeteiligung und die zur Abstimmung gelangende

* Gemeinderätin aus Lengnau BE.

10. AHV-Revision ein Splitting und den Familienbonus kenne.

■ Nach wie vor befürworten die FDP-Frauen die Fristenlösung. Die neue Initiative Haering Binder wurde als erheblich erklärt und wird nun in der Nationalratskommission behandelt.

■ Am 26. August 1995 wird eine Veranstaltung zum Thema «Tagesschulen und Blockzeitschulen» durchgeführt. Wie für andere Standpunkte zu aktuellen Themen befindet sich ein Merkblatt dazu in der Lose-Blätter-Sammlung der FDP-Frauen Schweiz. Diese Lose-Blätter-Sammlung, notabene mit einem neuen Titelblatt, soll ständig erweitert werden.

■ Veranstaltungshöhepunkt der FDP-Frauen Schweiz ist das Frauenwahlfest am 16. September im Schützenhaus Albisgütli in Zürich, das zusammen mit

den CVP- und SVP-Frauen durchgeführt wird. Es wird zur Unterstützung und zur Stärkung der bürgerlichen Kandidatinnen der National- und Ständeratswahlen organisiert.

Wie die zurücktretende Quästorin Elsbeth Stüssi bekanntgab, beinhaltet die Rechnung 1994 eine Rückstellung für das oben erwähnte Wahlfest. Die Rechnung schloss mit einem Ausgabenüberschuss ab. Auf Grund der Aktivitäten zu den Wahlen 95 sieht auch das Budget 1995 einen Ausgabenüberschuss vor. Die Mitgliederbeiträge erfuhren keine Änderung.

Elsbeth Stüssi, Genf, hatte nach vier Jahren Vorstandstätigkeit demissioniert. An ihre Stelle wählten die Delegierten Dr. phil. nat. Irène Aegerter aus Winterthur. Die neue Quästorin ist Vize-Direktorin, Chefin Öffentlich-

Achtung Termin-änderung

mb. Infolge einer Terminkollision musste der Vorstand der FDP-Frauen Schweiz an seiner jüngsten Sitzung das Datum der nächsten Präsidentinnenkonferenz verschieben. Diese findet nun am 7. September 1995 in Zürich statt und nicht, wie ursprünglich angegeben, am 19. Oktober. Bitte in der Agenda dick anstreichen; eine Einladung folgt zu gegebener Zeit. ■

keitsarbeit des Verbandes schweizerischer Elektrizitätswerke VSE in Zürich, verheiratet und Mutter von zwei erwachsenen Söhnen. Irène Aegerter ist Mitglied der Energiekommission der FDP Zürich. ■

«Es braucht uns FDP-Frauen»

Im Anschluss an die Delegiertenversammlung der FDP-Frauen Schweiz sprach Käthi Bangerter, Präsidentin der FDP des Kantons Bern, zum Thema «Die freisinnige Frau im Wahlkampf 1995».

«Die Zeit ist reif, um aus dem Schatten der Männer herauszutreten», ist die Aarbergerin überzeugt. Die Grossrätin sprach aber auch davon, dass sich die Frauen die eigene Kompetenz zutrauen müssten. Allerdings müssten sich die Frauen wie die Männer emanzipieren. «Die Männer müssen lernen, ihre Führungsrolle und ihre Macht abzugeben. Wir Frauen müssen die Macht aber auch wollen.» «Es braucht uns FDP-Frauen», rief sie den Delegierten zu. Die FDP-Frauen seien keine Einthemenfrauen, sondern sie wüssten um die Komplexität in der Gesellschaft. «Die Rollenzuteilung der Frau, die sich auch in der Literatur widerspiegelt, wurde über Jahrhunderte geprägt, die Frauenbilder können nicht in einigen Jahrzehnten umgekrempelt werden»,

bekannte Käthi Bangerter. Erst die starke Veränderung in der Gesellschaft, der Wandel der Werte, der Autoritätsverlust und die Entwicklung zum Individuum hätten zum Verständnis der veränderten Rolle der Frau beigetragen.

Zum Erfolg der Frauen in den diesjährigen National- und Ständeratswahlen hofft die Kantonalpräsidentin auf die Netzwerke über die FDP-Frauen Schweiz, denn «die Frauen verstehen es, selbstbewusst und engagiert die ökologischen und gesellschaftlichen Probleme anzugehen».

Für die Wahlen 1995 ist Käthi Bangerter überzeugt: «Wir FDP-Frauen sind da, mit uns ist zu rechnen.» ■

TAGUNG

FDP ○ Frauen Schweiz

Samstag, 26. August 1995, 10.00–15.30 Uhr,
Pfarreizentrum Liebfrauen, Zürich

**Schul(re)formen
für die liberale Familie**

Tagesschulen? Blockzeitenmodelle?
Referate zu den pädagogischen, soziologischen und ökonomischen Aspekten der Tagesschule

Podiumsgespräch mit Politikerinnen, Tagesschulleitern, Projektleitern, Mitgliedern des Tagesschulvereins

Informationsstände über bestehende Tagesschulen und Tagesschulprojekte

(Datum vormerken, detaillierte Einladung folgt) ■

Ja zur 10. AHV-Revision

Die FDP-Frauen Schweiz begrüssen die Revision der AHV und die damit verbundene Erfüllung langjähriger Frauenanliegen. Sie bringt den Frauen einen eigenständigen Rentenanspruch und damit die Gleichberechtigung in der AHV.

Franziska Frey-Wettstein*

Viele Rentnerinnen und Rentner beziehen heute keine Maximalrente. Im neuen System wird für etwa fünfzig Prozent der Bezüger eine Verbesserung entstehen. Die Möglichkeit, nach individuellen Bedürfnissen seinen Rücktritt selber zu bestimmen, ist ein Vorteil für alle.

Die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften bringen die An-

erkennung von Arbeit, die vorwiegend von Frauen geleistet wird. Die Benachteiligung durch Renteneinbussen von Frauen, die wegen Kindererziehung oder Betreuungsaufgaben ihre Berufstätigkeit einschränken oder zeitweise sogar ganz aufgeben, fällt weg.

Die Anpassung des Frauenrentenalters auf 64 Jahre ist vertretbar. Die Rentenerhöhung tritt nicht sofort in Kraft, sondern das Rentenalter mit Vorzugsmöglichkeit und halbem Kürzungssatz wird im Jahre 2001 auf 63 Jahre und im Jahr 2005 auf

64 Jahre angehoben werden. Erstmals werden die Jahrgänge 1948 und älter die Rentenerhöhung ohne Vergünstigung in Kauf nehmen müssen. Es gilt, die Solidarität mit den Jungen zu erhalten und für eine seriöse Finanzierung der AHV zu sorgen, dazu leisten auch wir Frauen einen Beitrag.

Die FDP-Frauen sagen Ja zur 10. AHV-Revision, lehnen die SPS/SGB-Volksinitiative «zum Ausbau von AHV und IV» aber klar ab. Den geforderten massiven Ausbau der AHV können wir uns finanziell nicht leisten, er würde Mehrkosten von 7,1 Milliarden Franken verursachen. Die Initiative verlangt eine Leistungsverbesserung für die unteren Einkommen und will das Verhältnis zwischen Höchst- und Mindestrente verringern. Eine Gewichtsverschiebung von der zweiten auf die erste Säule wäre damit verbunden.

Die Initianten möchten ferner erreichen, dass der Übertritt in den Ruhestand für Männer und Frauen nach dem 62. Altersjahr ohne Rentenkürzung möglich ist, wenn die Erwerbstätigkeit aufgegeben wird. Es ist nicht vertretbar, dass – wer länger arbeitet – zwar länger bezahlt, aber keine höhere Rente bekommt. Die FDP-Frauen sagen daher Nein zu dieser Initiative. ■

Auch lose Gruppierungen

mb. Auch lose Gruppierungen können bei den FDP-Frauen Schweiz Mitglied werden. Nötig sind der Name der jeweiligen Kontaktfrau sowie die Einzahlung von 50 Franken, um von sämtlichen Dienstleistungen der FDP-Frauen Schweiz (inklusive Lose-Blätter-Sammlung) profitieren zu können.

Kontaktadresse: FDP-Frauen Schweiz, Sekretariat, Postfach 159, 3043 Uettiligen. Telefon (031) 829 33 48, Fax (031) 829 17 42. ■

Wahlen im Visier

In einem Kurzreferat sprach Marie-Louise Baumann-Bruckner vom Generalsekretariat der FDP Schweiz über die National- und Ständeratswahlen 1995. Die Juristin belegte anhand von Zahlen, dass seit 1971, als die Frauen erstmals an den National- und Ständeratswahlen teilnehmen konnten, der Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten und auf Gemeindeebene stärker zugenommen hat als im nationalen Parlament.

Im Vergleich mit den anderen Parteien hätten 1971 auf der FDP-Liste am meisten Frauen figuriert. Marie-Louise Baumann musste aber feststellen, dass bei den letzten Wahlen 1991 die FDP-Frauen gegenüber den anderen Parteien unverhältnismässig viele Plätze verloren haben. Sie führte dies unter anderem darauf zurück, dass die Basiswähler der FDP nicht sehr frauenfreundlich seien.

Hilfe durch Generalsekretariat

Obschon für die Nominierung für die National- und Ständeratswahlen 1995 die Bemühungen in den Kantonen gut befolgt worden seien, sei es schwierig gewesen, FDP-Frauen zur Nomination zu bewegen. Für die Frauen sei es unbefriedigend und enttäuschend, allzuoft als Stimmenfängerinnen zu fungieren.

Vom Generalsekretariat aus werde nun versucht, die Kandidatinnen zu unterstützen. Wichtig sei für die Kandidatinnen, dass sie versuchten, sich abzugrenzen und auch gegenüber den anderen bürgerlichen Parteien eine eigenständige Politik zu betreiben. Zum Schluss stellte Marie-Louise Baumann klar: «Auch Frauen müssen Frauen wählen.» ■

Hart sein  Frau bleiben

FRAUENWAHLFEST VOM 16. SEPTEMBER 1995
im Schützenhaus Albisgütli, Zürich

Am 16. September 1995 feiern wir miteinander ein etwas ungewöhnliches Wahlfest. Ein ausschliesslich von Frauen der drei bürgerlichen Parteien konzipiertes Treffen, das sich einmal anders als die üblichen Parteianlässe präsentiert. Im Mittelpunkt steht die Unterstützung unserer National- und Ständeratskandidatinnen.

Organisation: FDP/CVP/SVP-Frauen

Festkarte pro Person: Minimalbeitrag Fr. 60.–, Ordentlicher Beitrag Fr. 100.–, Spenden sind willkommen

Anmeldung bis 15. August 1995 an:

FDP/CVP/SVP-Frauenfest, Postfach, 5417 Untersiggenthal
Einzahlungen ausschliesslich mit Giro auf PC-Konto: 50-11630-8

Die Festkarten werden erst nach Zahlungseingang zugestellt

Anmeldung zum Frauenwahlfest

vom 16. September 1995 in Zürich

Name:.....

Vorname:..... Partei:.....

Strasse:..... Nr.:.....

PLZ:..... Ort:.....

Namen der Begleitpersonen:.....

Einbezahlt Fr.:..... Anzahl Personen:..... Spende:.....

Anzahl Menues mit Fleisch:..... Anzahl Menues vegetarisch:.....

Datum:..... Unterschrift:.....

Frühjahrstreffen der Liberalen Internationale

Am 19. und 20. Mai trafen sich auf Einladung der FDP der Schweiz rund sechzig Vertreter liberaler Parteien aus Europa und Übersee in Bern zu einer Sitzung des Exekutivkomitees der Liberalen Internationale.

Markus R. Seiler*

Die Liberale Internationale (LI) ist der weltweite Zusammenschluss liberaler Parteien, Bewegungen und Politiker. Unter ihrem Dach sollen der Gedankenaustausch und die Suche nach liberalen Lösungen für die spezifischen Fragen unserer Zeit auch über die nationalen Grenzen hinaus ermöglicht werden.

Die Zielsetzung der Liberalen Internationale wird in Art. 2 der «Constitution of the Liberal International» festgehalten: Es soll liberalen Werten international zum Durchbruch verholfen werden, damit freie Gesellschaften, die ihr Handeln nach den Grundsätzen der persönlichen Freiheit, Selbstverantwortung und sozialen Gerechtigkeit ausrichten, überall auf der Welt entstehen und bestehen können. Im Zentrum stehen dabei Werte wie Menschenrechte, Toleranz, Freiheit, Pluralismus, Demokratie und Marktwirtschaft.

Regierungsverantwortung in zwanzig Staaten

Die Liberale Internationale wurde 1947 auf Initiative belgischer, britischer und norwegischer Liberaler in Oxford gegründet. Im Zuge vor allem des Zusammenbruchs des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa vergrösserte sich die Zahl der Mitglieder in den letzten Jahren auf nunmehr siebenzig Parteien mit insgesamt rund drei Millionen Einzelmitgliedern, verteilt auf 48 Länder.

Es finden sich darunter Parteien aus Staaten mit einer langen liberalen Tradition wie Kanada und die Niederlande, aber

auch Mitglieder aus Ländern wie Paraguay, Senegal, Honduras, Taiwan und Malawi, wo die Hauptanstrengungen nach wie vor auf der Bewahrung oder gar der Einführung grundlegender demokratischer Prinzipien liegen. In insgesamt zwanzig Staaten tragen Mitgliederparteien der Liberalen Internationale Regierungsverantwortung. In der Schweiz ist neben der FDP auch



die Liberale Partei der Schweiz Mitglied der LI.

Ausnahmeerscheinung FDP

Unter den Mitgliedern der Liberalen Internationale stellt die FDP der Schweiz gleich in doppelter Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung dar: Nicht nur ist sie mit einem Wähleranteil von rund 21 Prozent auf nationaler Ebene die grösste Partei der Schweiz, während liberale Parteien anderer Staaten nicht selten relativ kleine Gruppierungen darstellen. Vielmehr darf die FDP mittlerweile auch auf nunmehr rund 150 Jahre ununterbrochener Regierungstätigkeit zurückblicken.

Freiheitspreis 1994 an Sadako Ogata

Eröffnet wurde die zweitägige Zusammenkunft mit einer Ansprache von Bundespräsident Kaspar Villiger und der Übergabe des

«Freiheitspreises 1994» der Liberalen Internationale an die Uno-Hochkommissarin für Flüchtlinge, Sadako Ogata. LI-Präsident Sir David Steel würdigte die Verdienste der seit 1991 am UNHCR-Sitz in Genf amtierenden Japanerin um die Erhaltung des Friedens und der Menschenrechte, die weit über die Bekämpfung der Folgen von Flüchtlingsbewegungen hinausgingen.

In ihrer Rede erinnerte Ogata daran, dass zurzeit rund 5000 UNHCR-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter weltweit für 27 Millionen Flüchtlinge arbeiteten. Mit

dem Ende des kalten Krieges seien neue Konflikte ausgebrochen, und die Zahl der Flüchtlinge sei von 17 Millionen bei ihrem Amtsantritt im Jahre 1991 um rund 10 Millionen angestiegen.

Gründung einer afrikanischen Gruppe

Von den zahlreichen Traktanden der Sitzung des Exekutivkomitees vermochte die Mitteilung der Gründung einer Gruppe liberaler Parteien aus zehn afrikanischen Staaten am meisten zu beeindrucken. Die Präsidentschaft der im April in Malawi gegründeten Gruppe hat der malawische Präsident Bakili Muluzi übernommen, das Generalsekretariat wird von einer langjährigen LI-Mitgliedpartei, den südafrikanischen Demokraten, geführt. Die Sitzungsteilnehmer drückten ihre Hoffnung aus, diese neugegründete Gruppe möge die Ver-

breitung liberaler Werte in Afrika vorantreiben helfen.

Förderung der Demokratie

Der zweite Tag des Treffens stand unter dem Thema «Internationale Verteidigungskooperation und Demokratieförderung». Nationalratspräsident Claude Frey rief den Anwesenden zu Beginn am Beispiel des Zusammenbruchs des realen Sozialismus in Erinnerung, dass die Weltgeschichte zuweilen dramatische Wendungen nehme und dass es gelte, gut vorbereitet zu sein, um solche Chancen für die Demokratie zu nutzen.

Unter der Leitung von LI-Präsident Steel diskutierten Vertreter aus sieben Staaten, darunter die Aussenminister von Island und Slowenien, Asgrimsson und Thaler, der stellvertretende deutsche Aussenminister Schaefer sowie FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann (TG), vor allem über die Möglichkeiten einer vertieften Zusammenarbeit mit den ehemaligen Staaten des Ostblocks. Betreffend die Frage der Mitgliedschaft der mittel- und osteuropäischen Staaten, insbesondere Russlands, im Europarat, in der Nato und der Westeuropäischen Union (WEU) wurden verschiedene Wege aufgezeigt, die zum erklärten Ziel führen könnten, den beginnenden demokratischen Aufbau dieser Länder zu stützen. ■

SEMINAR

Kandidatenschulung Wahlen 1995

30. Juni/1. Juli 1995 in Thun BE

Unterlagen und Anmeldeformulare können beim FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51, bezogen werden. ■

* Dr. rer. publ. HSG, politischer Sekretär, FDP-Generalsekretariat.

Eigenartige Personalpolitik von Otto Stich

Die Personalpolitik des obersten eidgenössischen Finanzchefs treibt seltsame Blüten. Führungs- und arbeitsmässig ist die Eidgenössische Versicherungskasse (EVK) in einem chaotischen Zustand. Zu deren Führung boxt Bundesrat Stich nun aber seine persönliche Beraterin durch. Sie verfügt weder führungs- noch fachlich über die notwendigen Voraussetzungen, um in der EVK die notwendigen Aufräumungsarbeiten anzupacken. Vetterliwirtschaft und Stursinn führen beim Kassen-

wart zu solchen Lösungen. Während Bundesrat Stich für seine engste Beraterin beeindruckende Karrieremöglichkeiten durchsetzt, lässt der sozialdemokratische Bundesrat die «Kleinen» fallen. Vor einem Jahr noch musste sein während 28 Jahren klaglos für verschiedene Bundesräte dienender Chauffeur von einem Tag auf den anderen seine Aufgabe verlassen. Er hatte für einmal einen Fahrtermin vergessen. Bundesrat Stichts Entscheid brachte dem Fahrer gesundheitliche, psychische und auch fami-

liäre Probleme. Als Sozialdemokrat lässt Stich die «Kleinen» hängen, für treue Kader-Vasallen wird gesorgt.

Roger Eric Schärer, Winterthur

Ziel: EU-Beitritt

Endlich können wir uns an einem mutigen Entscheid der Delegiertenversammlung der FDP Schweiz freuen. Dieser Entscheid muss nun mit vielen kleinen Schritten und einer stetigen sachlichen Information unterstützt werden. Nur so erreichen wir die für unser Land notwendige, volle Integration in die Europäische Union.

Wir bitten die FDP-Parteileitung und unsere Parlamentarierinnen und Parlamentarier, diese Willensaussage der Delegierten zu respektieren und sie nicht aus (wahl)taktischen Überlegungen abzuschwächen oder zu relativieren. Zeigen Sie dem Volk den klaren Weg auf, wie unser Land in die EU integriert werden kann.

Anita Fabrni, Islikon
Edy Greuter, Sulgen

che Absprachen bereitstellen. Die parlamentarische Behandlung der Totalrevision des Kartellgesetzes ist deshalb rasch und konsequent voranzutreiben. Dasselbe gilt für das Binnenmarktgesetz, die Gesetzgebung über das öffentliche Beschaffungswesen und die Beseitigung von zwischenstaatlichen technischen Handelshemmnissen.»

Die Unterstützung der Verwässerungs- und Nichteintretensanträge gegen das Kartellgesetz und das Binnenmarktgesetz – die beiden Kernstücke der Revitalisierung – durch freisinnige Parlamentarier schadet der Politik der FDP, konsequent für die Liberalisierung im Innern einzutreten. Und dies wird Stimmen kosten, ob man es wahrhaben will oder nicht.

Heinrich Christen, Zürich

Rückwirkende Lohnklagen

Laut einer Umfrage des Verbandes Kindergärtnerinnen Schweiz ist «die Frage einer (rückwirkenden) Lohnklage in acht Kantonen thematisiert, diskutiert oder erfolgreich abgeschlossen» (!).

Wegen einer juristisch sehr weitgehenden Interpretation des Gleichheitsartikels in der Bundesverfassung fordern achtzig Prozent der solothurnischen Kindergärtnerinnen und Werklehrerinnen ungeachtet unterschiedlicher Ausbildungs- und Arbeitszeiten – auf fünf Jahre rückwirkend – die gleiche Einstufung wie die Primarlehrer. Diese Forderungen würden den Steuerzahler rund vierzig Millionen Franken kosten, wenn die Klägerinnen recht erhalten. Konkret werden Maximallöhne von Fr. 95 000.– bis 105 000.– für 30 Wochenlektionen zu 45 Minuten gefordert.

Ich finde es bedauerlich, dass Lehrkräfte, die soziale Kompetenz vermitteln sollten, diese kantonale Salamitaktik aus dem Solidaritätsfonds des Dachverbandes LCH unterstützen. Die übrigen 18 Kantone sollen sich wappnen. So nicht.

Ruedi Andres, Mümliswil



FDP-Foulard 95

Endlich ist das neue Foulard der FDP erhältlich. Wie die bisherigen besteht es aus 100 Prozent reiner Seide, Satin Crêpe, ist 90x90 Zentimeter gross und natürlich in den Farben rot/blau/weiss/schwarz gehalten.

Ich bestelle _____ Stück FDP-Foulard 95 zu Fr. 50.–

Name: _____ Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 312 19 51. ■

Glaubwürdig bleiben!

Die Wahlchancen der FDP werden m. E. nicht durch die klärenden und verantwortbaren Beschlüsse des Parteitages zur Europafrage gemindert. Vor allem in Kreisen, die von und in der Privatwirtschaft leben, hat dieser Entscheid positive Reaktionen nach sich gezogen, es wurde uns gar gratuliert für den Mut, ein klärendes Wort zur Zielsetzung der Europapolitik formuliert zu haben.

Es schadet unserer Partei aber gewiss, wenn Parlamentarier die einstimmigen Beschlüsse des Parteitages von Interlaken zur Wirtschaftspolitik ignorieren. Im lesenswerten Papier Wirtschaftspolitik wurde nämlich festgehalten: «Ein griffiges Kartellgesetz muss wirksame Instrumente gegen volkswirtschaftlich schädli-

Fehlzündung der freisinnigen Europapolitik

Die schweizerische FDP hat an ihrer jüngsten ordentlichen Delegiertenversammlung in Interlaken ihren aussenpolitischen Kurs zu erneuern versucht. Soweit der Versuch der Überwindung von Meinungsverschiedenheiten in der Europapolitik dienen sollte, ist er sowohl nach innen wie nach aussen misslungen. Nach innen – insbesondere im Blick auf die Mehrheitsstimmung in der FDP-Fraktion – hat sich der Graben zwischen Befürwortern und Gegnern einer EU-Öffnung vertieft. In der Öffentlichkeit ist der Eindruck einer europapolitisch bedingten Allianz mit der Sozialdemokratie auf Kosten der bisherigen bürgerlichen Zusammenarbeit entstanden. Er musste fraktionsoffiziell dementiert werden.

Die FDP-Geister scheiden sich in einem abgeänderten Kernsatz des Papiers. FDP-Neuerer, deren Aktionszentrum offenbar in Genf beheimatet ist, wollen den Beitritt zur EU nicht nur als eine Option unter mehreren ins Auge fassen, sondern als Ziel. Sie sind damit auf die bundesrätliche

Linie eingeschwenkt, die früher aus strategischen und taktischen Gründen mehr oder weniger offen abgelehnt worden ist.

Ein unbeteiligter Beobachter des freisinnigen aussenpolitischen Meinungsbildungsprozesses könnte vielleicht die erreichte Harmonie zwischen der führenden bürgerlichen Bundesratspartei und der Landesregierung als klärend interpretieren. Die «Klärung» geht aber auf Kosten freisinniger politischer Substanz. Gefährdet ist nicht nur der erstrebte Erfolg bei den eidgenössischen Herbstwahlen. Auf dem Spiel steht weit mehr, nämlich Erhalt und Festigung einer Partei, die unseren Bundesstaat gegründet und in erstaunlicher Kontinuität und Wandlungsfähigkeit bis heute massgebend zu prägen vermochte. Die FDP hat sich noch im Vorfeld der EWR-Abstimmung klar von der überraschenden bundesrätlichen Zielsetzung EU-Beitritt distanziert. Nach dem ablehnenden Volksentscheid herrschte die Überzeugung vor, dass die Verhandlungen der Schweiz mit der EU erschwert würden, wenn die EU-Zielsetzung expressis verbis aufrechterhalten bliebe. Daher sollte es bei der unverbindlichen Formulierung «Offenhaltung aller Optionen» und bei einer entsprechend zurückhaltenden Behandlung der Europafrage im Vorfeld der Herbstwahlen 1995 bleiben. Nachdem sich diese Taktik nicht hatte aufrechterhalten lassen, ist es den freisinnigen EU-Euphorikern gelungen, ihre Auffassung zu officialisieren.

Damit manövriert sich die Freisinnige Partei der Schweiz in eine mehrfache Vertrauenskrise. Sie macht ihren EWR-Europakurs nachträglich unglaubwürdig. Sie enttäuscht und brüskiert viele ihrer vor allem deutschschweizerischen Mitglieder. Sie verliert zugunsten konkurrierender Parteien an Rückhalt bei parteipolitisch ungebundenen,

aber bürgerlich gesinnten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern. Vor allem aber muss sie in der Sache selbst zu Begründungen Zuflucht nehmen, die wegen ihrer Widersprüchlichkeit nicht zu überzeugen vermögen.

Was hat das Bestreben der europäischen Mittelmächte, Westeuropa nach dem Zweiten Weltkrieg im Rahmen der EU zu neuer machtpolitischer Bedeutung in der multipolaren Welt zurückzuführen, mit der Schweiz zu tun, die ihre Existenz und Geltung nicht auf internationale Machtpolitik und auch nicht auf staatliche wirtschaftspolitische Einflussnahme aufgebaut hat, sondern auf vielfältige internationale Rechtsbeziehungen und Dienstleistungen? Wieso sollen Freisinnige, die zu Recht die Verschlankung der Bürokratie im eigenen Land anstreben, als kleine Minderheit einem superstaatlichen Gebilde beitreten wollen, das seine Kompetenzen stetig ausweitet? Wie will die FDP die Grundsätze der direkten Demokratie, der föderalistischen Struktur, der dauernden Neutralität aussenpolitisch «berücksichtigt» wissen, wenn die EU auf demokratisch tönernen Füßen steht, wenn deren in Jahrzehnten eingeschiffene Verfahren mit wesentlichen Grundsätzen unserer direkten Demokratie unvereinbar sind, wenn der EU-Föderalismus von oben nach unten missverstanden wird und wenn unsere Neutralität in einer europäischen Grossmachtpolitik aufgehen müsste? Was sollen wir von liberalen Wortführern aus Politik und Wirtschaft denken, die vor den Schwierigkeiten einer innerstaatlichen Deregulierung in die EU-Regulierung flüchten? Und was ist von einem eigenständigen schweizerischen «Beitrag zur Neugestaltung Europas» zu halten, dessen wahrhaft faszinierende Besonderheiten durch den Beitritt zur EU sowohl institutionell wie emotional geschwächt, ja

gefährdet würden? Das FDP-Diktum vom 21. April 1995 kann nicht das letzte Wort einer Partei bleiben, die das EWR-Votum des Souveräns vom 6. Dezember 1992 «fair respektieren» will; einer Partei, die mit der EFTA seit Jahrzehnten die wirtschaftspolitische Öffnung Gesamteuropas massgeblich gefördert hat, die im Europarat, in der OSZE und im Gatt zu Recht wertvolle Plattformen für aussenpolitische Initiativen und Begegnungschancen erkennt und benützt.

Die «EU-Option» war zwar nicht das Gelbe vom Ei freisinniger Europapolitik, aber – bei entsprechend nachhaltiger Erläuterung ihres eigenständigen Sinns – wenigstens ein einigermaßen haltbarer Kompromiss. Er müsste aber klarer als bisher in unzweideutigen Rahmenbedingungen eingebunden werden. Zu diesen gehört meines Erachtens die Erarbeitung der Realvision einer demokratisch verwurzelten, von unten nach oben föderierten, den fairen Wettbewerb der innerstaatlichen Strukturen und Standorte fördernden, solidarischen und weltoffenen Zusammenarbeit aller freien Länder Europas, bei der auch Nationen aktiv mitwirken können und sollen, die Europa nicht als kommende fünfte Weltmacht sehen, sondern als friedliche nachbarschaftliche Gemeinschaft der vielfältigen Kulturen, Sprachen, Glaubensbekenntnisse und geschichtlichen Erfahrungen.

«Wenn ich Europa noch einmal gründen könnte, würde ich mit der Kultur beginnen»; so lautete die nostalgische Alterseinsicht des geistigen Vaters der EU, des französischen Sozialisten Jean Monnet. Ist die FDP der Schweiz überfordert, diesem wahrhaft europäischen Gedanken in ihrem europapolitischen Konzept neues Leben einzuhauchen?

Max U. Rapold, Schaffhausen

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.

Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 311 34 38, Telefax (031) 312 19 51.

Verantwortlich für die Redaktion:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Anna-Marie Kappeler (AMK). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

Inseraten-Verwaltung:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

Druck:

Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.

Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

Aus Zwillingspartnern werden Freunde

Im Rahmen der Aktion Zwillingpartnerschaft der FDP Schweiz führte die FDP Stein einen Muttertagsbrunch durch. Ehrengäste waren die Delegation der FDP-Zwillingsgemeinde Riaz FR.

○ Franziska Musumeci-Schmid

Die Ortspartei Stein hatte sich schon im letzten Jahr für die Aktion Zwillingpartnerschaft der FDP Schweiz engagiert. Erste Kontakte zu der FDP Riaz wurden im letzten Sommer anlässlich eines Familienplausches in Riaz geknüpft. Am Muttertag waren nun die Freiburger Gäste im Fricktal.

Da eine lange Reise hungrig macht, warteten die Steiner ihren Gästen mit einem reichhaltigen Frühstücksbuffet auf. Die Teilnehmer der Steiner Delegation, welche im letzten Jahr zu Besuch in Riaz waren, freuten sich über ein Wiedersehen mit den Gleichgesinnten von «ennet dem Röstigraben».

René Birri, Ortsparteipräsident FDP Stein, freute sich ausserordentlich, die Gäste aus Riaz anlässlich dieses Muttertagsbrunches begrüßen und kennenlernen zu können. Während des Brunches wurde ange-regt diskutiert und Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht. Auch konnte man aus der fröhlichen Stimmung entnehmen, dass aus Zwillingspartnern langsam Freunde werden.

Stadtbesichtigung

Nach dem Essen brach man zu einer Stadtbesichtigung nach Bad-Säckingen auf. Frau Enderle, welche die Führung durch ihre Stadt enorm spannend gestaltete, konnte sicherlich auch noch einigen Steinern Unbekanntes aus ihrer nächsten Nachbarschaft zeigen. Wie René



Beim Stadtbummel.

(Photos FMS)

Birri schon in seiner Begrüssungsrede andeutete, wagten die beiden FDP-Ortsparteien mit diesem Gang über die alte Holzbrücke nicht nur den Schritt ins benachbarte Ausland, sondern auch gleich nach Europa. Petrus zeigte sich gnädig und liess wäh-

rend des gut zweistündigen Spazierganges über die historische Holzbrücke und durch Bad-Säckingen die Sonne etwas zwischen den Wolken hervorgucken.

Im Restaurant Kreuzstrasse, wo man nach dem Stadtbummel einkehrte, bedankte sich Philipp Clement, Präsident der FDP Riaz, bei den Gastgebern für den anregenden und beschwingten Tag. Er nutzte die Gelegenheit, um die Steiner FDP zum nächsten Familientag in Riaz einzuladen, was von den Steinern mit Begeisterung aufgenommen wurde.

Freundschaft

Aus der Idee einer Zwillingpartnerschaft, welche vor etwas mehr als einem Jahr zu keimen begann, wachsen zwischen diesen beiden Ortsparteien eine fruchtbare Freundschaft und ein informativer Austausch. Die Steiner freuen sich schon heute auf den Familientag in Riaz und ein Wiedersehen mit den neuen Bekannten und Freunden. ■



Gleichgesinnte über den «Röstigraben» hinweg: Toni Ackermann, FDP Riaz, René Birri, Ortsparteipräsident FDP Stein, Hansueli Bühler, Gemeindeammann Stein.



KOALITIONSSZAUBER

Karikatur Andreas Töns

Übertriebener Perfektionismus

Am 26. September 1993 haben Volk und Stände einem neuen Verfassungsartikel zugestimmt, welcher den Bund ermächtigt, ein eidgenössisches Waffengesetz zu erlassen, um Missbräuche bekämpfen zu können. Die Zustimmung fiel deutlich aus, weil sowohl in den eidgenössischen Räten als auch im Abstimmungsbüchlein zugesichert worden war, die freiheitlichen Traditionen im Waffenrecht der Schweiz würden unangetastet bleiben. Was nunmehr zur Vernehmlassung von einer Expertenkommission vorgelegt wird, tönt diesen Zusicherungen gegenüber wie blanker Hohn!

Ständerat Willy Loretan

Wo ist die freiheitliche Lösung für ehemalige Armeeingehörige, welche ihre persönliche Waffe bei der Entlassung aus der Wehrpflicht zu Eigentum erhalten? Wo ist die freiheitliche Lösung für Schützen, Jäger und Waffensammler, wenn die Expertenkommission für die Handänderung unter Privaten lediglich die beiden Varianten «zwingender Waffenerwerbsschein» oder zumindest eine «Meldepflicht an die zuständige kantonale Behörde» verlangt und die dritte Möglichkeit (die sie ebenfalls erörtert hat), von einer Mitteilungspflicht des Veräusserers abzusehen, in Bausch und Bogen verwirft?

Reglementierungswut

Dies ist nur ein Beispiel für die ausserordentliche Reglementierungswut, welche die Experten, offensichtlich unter dem überwiegenden Einfluss der darin stark vertretenen Beamtenlobby, ergriffen hat. Die Mehrheit dieser Expertenkommission hat mit ihrer Arbeit den obersten politischen Verantwortlichen, den Vorsteher des EJPD, Bundesrat Arnold Koller, in die Wüste geschickt, weil sie die Verfassungsartikel wohl nicht konsultiert hat.

Im Ständerat hat Bundesrat Koller wörtlich ausgeführt: «Eine generelle Registrierungsspflicht für alle Waffen, also auch für

unsere Waffen, die wir als Wehrpflichtige haben, würde eindeutig über das Ziel hinausschiessen. Das wäre übertriebene Regulierung.» (Verhandlungen vom 9. März 1993, Protokoll S. 84). Damit warb er um die Zustimmung der «betroffenen Kreise», vor allem der Schützen und der Jäger, «die ihre Waffen ja wirklich nicht für kriminelle Zwecke gebrauchen».

Gestützt auf diese Zusicherungen habe ich damals, auf inständiges Ersuchen von Bundesrat Koller, meinen Antrag auf Ergänzung des vorgeschlagenen Verfassungsartikels – «Das Recht des Schweizer Bürgers auf freien Erwerb, Besitz und Tragen von Waffen ist gewährleistet» – zurückgezogen.

Der Bundesrat in die Pflicht gerufen

Nun wird es am Chef des EJPD sein, dem Bundesrat einen Gesetzesentwurf vorzuschlagen, welcher die parlamentarischen Hürden, aber auch diejenige einer allfälligen Referendumsabstimmung nehmen kann. Dies wird nur möglich sein, wenn die seinerzeitigen Versprechungen klipp und klar eingehalten werden.

Vier Forderungen

■ Erwerb, Besitz und Tragen ihrer Waffen sollen für ehemalige Armeeingehörige, Schützen, Jäger und andere anständige Leute weiterhin ohne Schikanen möglich sein. Der Gesetzgeber hat sich – entsprechend den dem



Ständerat Loretan: Ein Waffengesetz gegen den Missbrauch, nicht aus Misstrauen gegenüber dem Bürger. (Photo ruti)

Verfassungsartikel zugrundeliegenden Versprechungen – auf Vorschriften, die den Waffenmissbrauch verhindern, zu beschränken.

■ Ein Waffenerwerbsschein ist nur nötig beim Erwerb einer Waffe beim Büchsenmacher oder Waffenhändler, also im gewerbmässig ausgeübten Handel, nicht aber

■ beim Erwerb einer Waffe unter Privaten (Verkauf, Schenkung usw.). Die Meldepflicht an eine Behörde ist überflüssig. Denn die Meldung landet ja nicht einfach im Papierkorb, sondern wird irgendwo registriert. Der von der politischen Linken seinerzeit mit Riesengeschrei attackierte «Fischenstaat» lässt grüssen! Wir wollen keinen neuen, schützen-, jäger- und waffensammlerfeindlichen Registriertstaat. Mit der Verbürokratisierung althergebrachter Rechte tritt man kriminellen Waffenmissbräuchen nicht entgegen, sondern man füttert lediglich die Bürokratie.

■ Verzicht auf eine Waffentragbewilligung für Schützen und Jäger (wie von der Expertenkommission vorgeschlagen), wie denn überhaupt von einem gene-

rellen Bedürfnisnachweis für die Waffentragbewilligung abzusehen ist. Ein solcher engt wiederum nur den Freiheitsraum des unbescholtene Schweizer Bürgers ein. Für die wirksame Bekämpfung krimineller Missbräuche ist der Bedürfnisnachweis nutzlos, weil Verbrecher nie einen Waffenschein einholen werden. Oder gibt es heute in den zwölf Kantonen, die keinen Waffentragsschein verlangen, offensichtliche Missstände in der Verbrechensbekämpfung?

Wider den perfektionistischen Bürokratismus

Montesquieu hat einmal gesagt: «Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, dann ist es nötig, kein Gesetz zu machen.» Der Erlass eines eidgenössischen Waffengesetzes ist nötig; das soll nicht bestritten werden. Nicht nötig ist indessen ein Gesetz, welches in seiner Grundhaltung anständige Leute in ein- und denselben legislatorischen Topf wirft wie potentielle Kriminelle, ein Gesetz, welches sich nicht auf Missbrauchsbekämpfung beschränkt, sondern trieft vor Misstrauen gegenüber dem Bürger. ■